

# **CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTO - ALTO ADIGE REGIONALRAT TRENTINO-TIROLER ETSCHLAND**

## **III. LEGISLATURA III. LEGISLATORPERIODE**

### **SEDUTA 35<sup>a</sup><sub>te</sub> SITZUNG**

**6 - 3 - 1958**

### **INDICE - INHALTSANGABE**

Disegno di legge n. 41:

“Stati di previsione dell’entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l’esercizio finanziario 1958, . . . . . pag. 3

Gesetzentwurf Nr. 41:

„Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Region Trentino-Tiroler Etschland für das Finanzjahr 1958“ . . . . . Seite 3



Trento, 6 marzo 1958

PRESIDENTE: dott. Remo Albertini

VICEPRESIDENTE: dott. Silvius Magnago

(Ore 9,40).

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

TRENTIN (Segretario - D.C.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta del 4 marzo 1958.

TRENTIN (Segretario - D.C.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Il verbale è approvato. Comunico intanto che è venuto il visto per la legge regionale riguardante la F.I.R.; sono scaduti i 30 giorni.

E' aperta la discussione generale sul bilancio. Chi desidera prendere la parola è pregato di iscriversi. Se nessuno prende la parola devo dichiarare chiusa la discussione generale.

PARIS (P.S.D.I.): In queste condizioni fa bene a chiudere la seduta!

PRESIDENTE: Se volete verificare il numero legale?

PARIS (P.S.D.I.): Chiedo la verifica del numero legale.

PRESIDENTE: Siamo in 22, suspendiamo per un quarto d'ora. Il Consiglio riprende alle ore 10,15.

(Ore 10,15).

PRESIDENTE: La seduta è aperta. All'inizio della seduta mancava il numero legale, così abbiamo dovuto sospendere. Adesso mi pare che ci sia la maggioranza dei Consiglieri, per cui la seduta è valida. E' aperta la discussione generale.

MITOLO (M.S.I.): Desidero sapere se per discussione generale lei intende la discussione generale sul bilancio oppure la discussione generale sulle dichiarazioni del Presidente della Giunta. Non ho capito se le dichiarazioni del Presidente della Giunta sono inserite nella discussione generale del bilancio o meno.

PRESIDENTE: Tutto uno, evidentemente; le dichiarazioni del Presidente della Giunta appartengono alla

presentazione del bilancio, quindi vanno discusse in questa sede, ma le potete anche non discutere e discutere il bilancio, oppure fare prima un commento della discussione politica: questo è lasciato alla libertà del Consigliere.

MITOLO (M.S.I.): Comunque fanno parte del bilancio!

PRESIDENTE: Evidentemente fanno parte. Però ancora non c'è nessuno iscritto qui!

ODORIZZI (Presidente della Giunta Regionale - D.C.): Bisogna che qualcuno si decida.

PRESIDENTE: Il cons. Dietl ha chiesto la parola.

DIETL (S.V.P.): Da nur eine so kurze Zeitspanne zur Verfügung stand, ist es etwas schwierig, auf die Erklärungen des Herrn Regionalausschußpräsidenten, Erklärungen von großer Wichtigkeit, erschöpfend zu antworten. Selbstverständlich werden verschiedene Kollegen der SVP später noch dazu das Wort ergreifen.

Eingangs möchte ich den persönlichen Eindruck wiedergeben, den der Beginn dieser Haushaltsdebatte auf mich gemacht hat. Es ist das erstmal seit 10 Jahren, seit die Regionalautonomie besteht, daß die Haushaltsdebatte mit einer Grundsatzerklärung, einer ausschließlich politischen Erklärung des Herrn Präsidenten begonnen wurde, und dazu bezeichnend, daß keine Silbe zu hören war darüber, daß die Region 10 Jahre besteht, daß also eine Art Jubiläum fällig ist. Dieser Umstand, daß die Haushaltsdebatte mit einer politischen Erklärung des Herrn Präsidenten begonnen hat, kommt mir auch deshalb besonders charakteristisch und einmalig vor, weil es bisher — und der Herr Präsident wird es mir bestätigen — wiederholt geäußerte Ansicht des Herrn Präsidenten war, daß eigentlich bei der Haushaltsdebatte, die der wichtigste Punkt ist in der Verwaltungstätigkeit der Region, nach seinem Wunsch nicht politische Fragen behandelt werden sollten, sondern fast ausschließlich nur Verwaltungsangelegenheiten. Diese radikale Änderung, wenn ich es so nennen kann, ist meiner Ansicht nach symptomatisch und hier muß etwas nicht in Ordnung sein. Denn Tatsache ist, daß gerade in unserer spezifischen Lage Verwaltung nicht von Politik getrennt werden kann, und hier darf ich zur Fundierung dieses meines Standpunktes den Hauptschriftleiter des Parteiorganes „L'Adige“ zitieren, der eine führende Stellung in seiner Partei einnimmt, der in einem Leitartikel (erschienen am 13. 11. 1952) unter der Überschrift „Worte der Warnung“ den Primat der Politik über die Verwaltung klar demonstriert hat. Er sagt in diesem Artikel unter anderem: „Würde die Region Leuten überantwortet, die nur verwalten wollen: arme Region, da müßte die Region einer unheilbaren Krankheit verfallen!“

Fast möchte man meinen, daß dies ein prophetisches Wort war und daß ein gewisser Standpunkt, den man seit Jahren immer wieder vertreten hörte, ein gewisser rosenroter Zweckoptimismus und die Parole vom Zeitschaffen, doch nicht die richtige Medizin war.

Ich werde mich an die Mahnung des Herrn Präsidenten halten und ich glaube, die bisherige Praxis hat bewiesen, daß wir uns wohl der Verantwortung unserer Äußerungen bewußt sind. Ich werde mich daran halten, sachlich und nüchtern Stellung zu beziehen. Ich muß aber zu den Worten, die der Herr Präsident des Regionalausschusses am Schlusse seiner Rede gesagt hat, mich äußern, wo er wünschte, daß wir seine Worte nicht als die Worte eines Politikers hören sollen, sondern als die Worte eines Menschen, und im gleichen Sinn, daß das Zusammenleben zwischen verschiedenen Volksgruppen vor allem eine menschliche Angelegenheit zu sein scheint, eine Angelegenheit menschlicher Beziehungen, nicht ein politisches Thema. Es soll nicht der Eindruck entstehen, daß in diesem meinem Zitat irgend eine persönliche Spitze enthalten ist. Ich muß aber darauf hinweisen, einmal, daß der Herr Präsident diese Äußerungen nicht als Privatmann tun konnte und getan hat, sondern in seiner Eigenschaft und kraft der Befugnisse, die ihm als Präsident des Regionalausschusses zukommen, dann, daß die bisherige Entwicklung steigend und in immer verstärktem Ausmaße den Beweis dafür erbracht hat, daß bei uns das Nebeneinanderbestehen der Volksgruppen leider Gottes mehr als eine menschliche Angelegenheit ein Politikum darstellt, wobei ich sofort hinzufügen darf: ein Politikum deshalb, weil uns die Rechte, die uns allein schon kraft der Verfassung zustehen, nach 10 Jahren Regionalautonomie in sehr starkem Ausmaße und auf gerade für eine Volksgruppe unendlich wichtigen Gebieten vorenthalten worden sind.

Ich möchte nun zum Konzept des Herrn Präsidenten des Regionalausschusses, zum Leitfaden, der sich durch seine Ausführungen gezogen hat, so kurz und auch so sachlich als möglich Stellung nehmen. Der Herr Präsident hat darauf hingewiesen, daß nach seiner Ansicht das Problem der Südtiroler darin bestehe, daß Pariser Vertrag und Autonomiestatut nicht volle Erfüllung gefunden haben und daß deshalb Unzufriedenheit und eine gewisse Gärung herrscht. Er hat dann wirklich erschöpfend all das aufgezählt, was in diesen 10 Jahren zugestanden wurde, und ist zur Schlußfolgerung gekommen, daß das, was noch nicht erfüllt ist, geringfügig sei, und das Geringfügige, das noch fehle, lasse vergessen, wieviel erreicht wurde. Hier darf ich einen Vergleich heranziehen. Bei der Bilanzdebatte vor 5 Jahren — und 5 Jahre sind eine verhältnismäßig lange Zeit —, am 22. Dezember 1953, hat der Herr Präsident folgendes gesagt: „Bei den noch nicht erfüllten Forderungen des Pariser Vertrages handelt es sich im Vergleiche zu denen, die bereits verwirklicht worden sind, lediglich um Dinge

von geringfügiger Bedeutung“. Ich glaube, daß in den fast gleichen Worten, die vor 5 Jahren gesagt wurden und die auch heute, trotz der Ereignisse, die inzwischen eingetreten sind, gesagt worden sind, wirklich der Grund liegt für die Verkenntnis der realen Lage, die Verkenntnis der Verhältnisse.

Nun, wenn auch alles angeblich größtenteils erfüllt ist und das, was noch zu erfüllen, geringfügig ist, muß doch eine Begründung dafür gefunden werden, warum die Dinge in der letzten Zeit, und dies wird in der Erklärung zugegeben, einen schlechten Verlauf genommen haben. Nicht nur einen schlechten Verlauf: es werden fast apokalyptische Visionen von Haß und Blut beschworen, wenn die Entwicklung nicht aufgehalten werden kann. Wie lautet diese Begründung für die Stimmung in der Bevölkerung, für die Verschlechterung der Lage, für diese Zusitzung, diese Spannung? Die Begründung ist folgende: Die Südtiroler politischen Vertreter, oder ein Teil der politischen Vertreter, glaubten, daß die Südtiroler Bevölkerung früher oder später erdrückt werde (sommersa). Dies sei letzten Endes der einzige Grund für die Zunahme der Spannung und aus diesem Angstkomplex heraus erkläre sich unsere Einflussnahme auf das Südtiroler Volk sowie die entsprechende Reaktion des Südtiroler Volkes. Dem Südtiroler Volk werde, wie der Herr Präsident meint, gesagt, daß seine Rechte mit Füßen getreten werden (calpestati); entsprechend dieser unserer Stellungnahme dem Volk gegenüber sei auch die Reaktion. Hier wird die Kundgebung von Sigmundskron zitiert und es folgt eine Abhandlung über Massensuggestion usw. und ein Appell an unsere Verantwortung in der Wahl unserer Äußerungen. Man glaubt also weiterhin, daß unsere Bevölkerung nur so blind reagiert, man vergißt dabei vollkommen, um nur ein Beispiel zu nennen, daß die sogenannten Volksversammlungen der Partei vor Sigmundskron, diese normalen Versammlungen, nicht in unserer Presse publiziert worden sind, daß also kaum jemals — und hier kann man beliebig viele Beweise zitieren — eine so große Kundgebung mit einem verhältnismäßig so geringen Aufgebot, einer verhältnismäßig so geringen Vorbereitung, vor sich gegangen ist. Es wird dann gesagt, es handle sich hier bei unseren Auseinandersetzungen ja in erster Linie oder fast ausschließlich um juridische Angelegenheiten — nicht gerade juristische Spitzfindigkeiten —, es handle sich um die Auslegung und Anwendung des Art. 14, es handle sich um den Art. 54, es handle sich um den Art. 70, alles Fragen, die die öffentliche Meinung kaum oder nur in sehr geringem Maße interessieren. Dazu darf ich wohl, ohne näher darauf einzugehen, darauf hinweisen, daß schließlich der Art. 14 und der Art. 70 die Voraussetzung dafür waren, daß wir als Südtiroler eine zum größten Teil eigene Verwaltung und die entsprechenden finanziellen Mittel haben sollten, daß der Art. 54 den Sprachgebrauch be-

trifft, für eine völkische Minderheit, besonders nach den Jahrzehntelangen Erfahrungen durch den Faschismus und bei den leider Gottes weiter bestehenden übeln Zuständen ein mehr als wichtiges Anliegen. Aber anscheinend sind das alles nur juridische Fragen, die das Volk kaum oder zum Teil nur berühren.

Und wie sieht, nachdem die Entwicklung diesen Verlauf genommen hat, der Ausweg aus in den Erklärungen des Herrn Präsidenten Odorizzi? Einmal wendet man sich an die politischen Vertreter: diese sollen mithelfen und von ihnen soll der Anstoß ausgehen, daß das zerstörte Vertrauen wiederhergestellt werde. Ja, darüber hinaus soll — und ich unterstreiche dies vollkommen, nur müssen die realen Voraussetzungen dafür gegeben sein — Sympathie herrschen, es soll endlich das Misstrauen beseitigt werden und es soll endlich zusammengearbeitet werden. Das als Richtlinie für die politischen Vertreter. Was die Volksgruppen betrifft, als Prinzip und als Richtlinie: volle Achtung, volle Freiheit, Sprachgebrauch, Sitte, Brauchtum, Religion, Beruf, Arbeit, Handel, politische Gesinnung usw. Übrigens, wenn ich dies erwähnen darf, alles Dinge, die für einen demokratischen Staat und für eine demokratische Verfassung eine Selbstverständlichkeit sind oder sein müßten! Dann wird schließlich auf das vereinte Europa verwiesen, auf den europäischen Markt, auf die Freizügigkeit, darauf, daß in wenigen Jahren diese Probleme, die wir heute debattieren, diese Differenzen, die wir heute austragen, alles Dinge von wirklich geringfügiger Bedeutung sein werden. Ja, unsere Nachfolger in 5 bis 10 Jahren würden darüber gähnen und nur ein spöttisches Achselzucken übrig haben.

Auffällig an dieser programmativen Erklärung — abgesehen von der erschöpfenden Aufzählung dessen, was erfüllt wurde und des angeblich Geringen, das noch zu erfüllen bleibt — ist, daß in dieser Grundsatzerklärung nur wenige reale, konkrete Tatsachen und Zahlen genannt werden. Diese Grundsatzerklärung, diesen allgemeinen Ausblick, diese allgemeine Richtlinie hätte ich von Herzen gerne vor 10 Jahren bei Beginn der Regionalautonomie akzeptiert und unterschrieben. Heute aber, nach 10jähriger Erfahrung, kann man dies nicht mehr tun. Ich möchte nur ein einziges Beispiel herausgreifen. Nur einmal wurden Zahlen genannt, und zwar in Verbindung mit dem angeblichen Schreckgespenst der Zuwanderung, als Beweis dafür, daß von einer Zuwanderung fürwahr keine Rede sein kann. Es war das Ergebnis der Landtagswahlen 1956, ein Vergleich zwischen 1952 und 1956 in Südtirol. Dabei wäre es, glaube ich, angebracht gewesen, auf 1948 zurückzugehen da die Regionalautonomie schon seit 1948 besteht. Dann hätte das Bild ein anderes Ergebnis gebracht. Aber bleiben wir ruhig bei 1956, bleiben wir bei dem Vergleich 1952-1956. Hier müßte es selbstverständlich sein, daß der Stimmenzuwachs der deutschen und der italienischen

Volksgruppe in Südtirol wenigstens dem heutigen Proportionalverhältnis der Volksgruppen entspricht. Ich lasse unberücksichtigt, daß auf Grund der jetzt endlich zugegebenen größeren Bevölkerungszunahme der Südtiroler Bevölkerung dieser Prozentsatz höher sein müßte. Ich muß aber in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß in den 10.000 deutschen Stimmen, zum Unterschied von den 5.000 italienischen, ein gewichtiger Teil von Wählern aufscheint, die zum erstenmal eingetragen wurden, die in der Zwischenzeit erst die Staatsbürgerschaft erhalten haben, und hier könnte man zur Fundierung Beweise bringen. Aber dies mag auch nicht so sehr von Bedeutung sein. Wesentlich ist die Entwicklung in der Stadt Bozen, das ist das Wesentliche. In der Stadt Bozen haben wir von 1952 bis 1956 eine Zunahme der deutschen Stimmen um lediglich 1356, obwohl das Land sehr stark übervölkert ist, gerade in den Bergtälern, obwohl auf dem Lande Unterbeschäftigung herrscht, obwohl in der ganzen Provinz das Land, zum Unterschied von den Städten, ganz überwiegend und geschlossen deutsches Siedlungsgebiet ist, obwohl es früher eine erst durch den Faschismus unterbrochene Entwicklung war, daß ein gewisser Prozentsatz der Landbevölkerung in die Stadt abwanderte: trotz alledem nur 1356. Die italienischen Stimmen dagegen in Bozen — und ich erwähne nicht Leifers, ich erwähne nicht Neumarkt, nicht Saalfelden, wo die Schwerpunkte liegen — haben, während die deutschen nur um 1356 zugenommen haben, um 4569 Stimmen zugenommen. Bedarf es eines stärkeren Beweises dafür daß die Zuwanderung weitergeht?

Was wurde nun, nachdem ausführlich und erschöpfend das aufgezählt wurde, was man erfüllt hat, eigentlich alles erfüllt, nachdem ja nur geringfügig ist, was noch zu erfüllen bleibt? Ich darf vorwegnehmen, daß es kaum angebracht ist, hier im Regionalrat Dinge zu behandeln, die eigentlich mit Autonomiestatut nichts zu tun haben und keines Pariser Vertrages bedürfen, die in einer demokratischen Verfassung, auch in der unseren, verankert sind und eine Selbstverständlichkeit darstellen, wie die Gleichberechtigung. Hier muß man von einer sogenannten Gleichberechtigung reden, und den besten Beweis dafür, daß es sich nur um eine sogenannte Gleichberechtigung handelt, sehe ich darin, daß die verfassunggebende Versammlung es für notwendig erachtete, einen eigenen Artikel, den Art. 6, zum Schutz der Minderheiten in die Verfassung einzuführen, der leider heute noch weitgehend totter Buchstabe geblieben ist. Dann die Ausübung der politischen Rechte, das aktive und passive Wahlrecht, die Versammlungsfreiheit (bei unseren Kundgebungen 1956 und 1957 haben wir eher negative Erfahrungen damit gemacht), die kulturelle und wirtschaftliche Organisationsfreiheit, die Tatsache, daß wir in überwiegend deutschen Gemeinden deutsche Bürgermeister haben usw., das sind alles Selbstverständlichkeiten in einem demokratischen Staat, die

allein schon in der Verfassung enthalten sind und keiner weiteren Ausschmückung oder ausdrücklichen Erwähnung bedürfen. Schließlich der deutsche Unterricht in den Volks- und Mittelschulen, den haben wir schon lange, weil wir ihn schon zur Zeit der alliierten Besetzung erhalten haben. Aber auch dies ist eine Selbstverständlichkeit.

Nachdem diese ganzen Punkte eigentlich mit unserer spezifischen Frage „Regionalautonomie und Zusammenarbeit“ nichts zu tun haben, oder nichts zu tun haben sollten, weil sie ja Verfassungsgrundsätze eines demokratischen Staates sind, möchte ich noch auf den Pariser Vertrag eingehen. Hier muß leider Gottes, und es soll keine Spurze sein, wieder gesagt werden, daß der Pariser Vertrag nicht erfüllt wurde, abgesehen von vielen anderen Erwägungen rein auch deshalb, weil die Südtiroler Volksgruppe, für welche er abgeschlossen wurde, durch die Ausdehnung der Autonomie auf die Provinz Trient einer italienischen Mehrheit überantwortet wurde, dann, weil man nicht von einer Erfüllung des Vertrages sprechen kann hinsichtlich des Zugangs zu den öffentlichen Ämtern, denn solange man keine Sonderwettbewerbe herausgibt — auch darüber könnte man länger reden —, können wir nur von einer scheinbaren Gleichberechtigung sprechen.

Und auch hinsichtlich der Optantenregelung darf man sich nicht mit Ruhm schmücken. Denn im Pariser Vertrag war ausdrücklich vorgesehen daß das Optantenproblem im Geiste der Billigkeit und Weitherzigkeit Regelung finden sollte. Lassen wir die Vergangenheit: ich möchte nur auf die Hunderte von Fällen hinweisen, die heute noch keine Erledigung gefunden haben, und es wäre gut und fruchtbar und würde mehr als viele Worte das Verstehen und die Zusammenarbeit fördern, wenn endlich hier die Fälle einzeln durchgenommen würden. Dann würde man an Hand dieser Fälle, bei denen es sich überwiegend um kleine Leute handelt, Schein und Wirklichkeit trennen und die Weitherzigkeit und Billigkeit in der Regelung der Optantenfrage erweisen können.

Bestimmungen über den Sprachgebrauch. Hier hat der Herr Präsident zugegeben, daß die Dinge noch im argen liegen. Ich gebe zu, und gerne gebe ich es zu und anerkenne es, daß hinsichtlich der Studentitelfrage eine positive Regelung gefunden worden ist. Jedoch wenn ich hier im Regionalrat spreche, dann verweise ich auf die engen Beziehungen, die unsere Region mit der Universität Padua hat, und auf die negative Stellungnahme des Senates der Universität Padua. Ich brauche darauf nicht weiter einzugehen. Auch dies, meine Herren, ist, glaube ich, symptomatisch und bezeichnend.

Hinsichtlich der Durchführung der uns immer laut Pariser Vertrag zustehenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie glaube ich, daß man ein langes Register anlegen könnte, um eine alles eher als positive

Handhabung dieser für uns so entscheidend wichtigen Bestimmungen feststellen zu müssen, abgesehen überhaupt von der Struktur der Autonomie, die uns in die Minderheit versetzt hat. Hierher gehört das Kapitel Durchführungsbestimmungen, auch das Kapitel Rückverweisungen, das Kapitel Einschränkungen in der Erlassung der Durchführungsbestimmungen, die Schwierigkeiten, Hindernisse und Hemmnisse, die immer wieder bei jedem Schritt gemacht werden. Hier eine Frage: Wenn schon wirklich so viel geleistet wurde — und nachdem zugegebenermaßen die Provinz eine wirklich sehr bescheidene und dürftige Selbstverwaltung hat —, warum hat man ausgerechnet mit den Durchführungsbestimmungen für die Schule und für die Volkswohnhäuser 10 Jahre zugewartet? Haben wir doch die Erfahrung gemacht, daß wir von unseren Befugnissen so lange keinen Gebrauch machen können, als keine Durchführungsbestimmungen erlassen sind. Dabei müßte jeder Mann zugeben, daß gerade für eine völkische Minderheit — zum Teil, aber in wesentlich geringerem Ausmaße, glaube ich, auch für das Trentino — die Schulautonomie eine, wenn nicht die eminent wichtigste Frage ist. Das hat fürwahr mit dem Zugeständnis deutscher Volksschulen und Mittelschulen nichts zu tun und auch nicht damit, daß wir einen Vizeprovveditore haben, der keinerlei Kompetenzen besitzt.

Und die Volkswohnhäuser. Auch hier ist es mehr als bezeichnend und symptomatisch, daß bis zum heutigen Tage, 10 Jahre lang, die Durchführungsbestimmungen nicht herausgegeben wurden, daß wir folglich auf diesem gerade für uns völkische Minderheit in Südtirol besonders wichtigen Gebiet — mit Rücksicht auf die faschistische Politik und die leider Gottes noch fort dauernde Politik — von unseren Befugnissen, die letzten Endes in einem internationalen Vertrag verankert sind, bis zum heutigen Tage keinen Gebrauch machen konnten. Auch hier darf ich vielleicht ein Eingeständnis des Hauptschriftleiters des Parteiorgans der Mehrheitspartei zitieren. Im Leitartikel des „Adige“ vom 22. September 1957 hat er unter anderem folgendes gesagt: „Die italienische Zivilisation wird nicht mit einer immer größeren Errichtung von billigen Wohnungen vertreten.“ Ich glaube wenn man diesen Standpunkt früher befolgt hätte, wenn man sich früher dieser Tatsache bewußt geworden wäre, dann lägen die Dinge anders. Dieser Satz erschien im September und kurze Zeit darauf kamen die zweieinhalb Milliarden als Sonderprogramm für die città satellite in Bozen, wo wir in ganz Norditalien unter wesentlich berücksichtigungswerteren Voraussetzungen (Arbeitslosigkeit usw.) ganz andere Bedürfnisse hätten, wo wir in keiner anderen Stadt eine ähnliche Sondermaßnahme verzeichnen können. Ich muß hier zur Volkswohnbaufrage deshalb etwas eingehender Stellung nehmen, weil ich glaube, hiezu berechtigt zu sein, nachdem der Herr Präsident des Regionalausschusses

hier in diesem Saale früher einmal erklärt hat, daß er sich in Verhandlungen für die Bewilligung von Mitteln für den Volkwohnbaus verwendet hat. Wenn ich jetzt einige wenige Zahlen zitiere, dann muß ich diese Zitate aus italienischem Quellenmaterial schöpfen, denn die sogenannte Kommission für die Erhebung statistischer Daten konnte ihre Arbeit ja nicht ausführen. Ich kann hier, gerade in meiner Eigenschaft als Mitglied dieser Kommission, mit der Erklärung, die der Herr Präsident für das Verhalten des Staates gegeben hat, keinesfalls einverstanden sein, denn es ist zu billig, wenn man sagt: Weil die Kommission ein Ausdruck des Mißtrauens war, deshalb hat der Staat begreiflicherweise mit Mißtrauen reagiert. Mit einer solchen Argumentation kommen wir nie zum Ziele. Doch nun zur Anführung dieser wenigen kurzen Daten.

Einmal ist es Tatsache, daß über 95% der in den Volkwohnhäusern Untergebrachten der italienischen Volksgruppe angehören; und daß es sich hier um eine große Zahl handelt, das sagt der Rechnungsbericht des Volkwohnhäuserinstitutes 1955/1956. Ich zitiere wörtlich: „Die vom Volkwohnhäuserinstitut beherbergte (amministrata) Bevölkerung in Bozen entspricht der Einwohnerzahl einer durchschnittlichen Provinzstadt.“ Warum haben keine oder fast keine Deutschen die Möglichkeit, in diese Volkwohnhäuser hineinzukommen? Es soll dies kein strikter Tadel sein, soll nicht aussehen, als ob ich den Verwaltungsrat der Parteilichkeit zeige. Tatsache aber ist, daß trotz den Befugnissen, die uns 1948, vor 10 Jahren also, auf dem Gebiet des Volkwohnbaus eingeräumt wurden, trotz des Verhältnisses 2 : 1 in der Zusammensetzung der Bevölkerung Südtirols, 2/3 Deutsche zu 1/3 Italienern, der Verwaltungsrat, der aus 11 Mitgliedern besteht, 8 Italiener aufweist und 3 Deutsche (wobei die 3 Deutschen nicht strikt als Vertreter der Volksgruppe, sondern als Vertreter von Institutionen anzusehen sind), der Aufsichtsrat 4 Italiener und keinen Deutschen während Direktion und Personal natürlich rein italienisch sind. Schlimmer noch ist die Lage in der INA-Case-Häuserverwaltung, wo — wenn ich richtig informiert bin — unter 7 Verwaltungsratsmitgliedern kein oder vielleicht ein Deutscher ist, der dann nur Vertreter einer Körperschaft oder eines Syndikates ist.

Das Hauptübel liegt aber nicht so sehr in der Zusammensetzung, sondern vor allem in dem Ausschreibungs- und Zuweisungssystem. Denn man geht von einem Punktesystem aus. An erster Stelle die Höhlen-, Baracken- und Kellerbewohner, an zweiter Stelle die Wohnungen mit Einsturzgefahr, jeweils 5 Punkte, wobei Koppelungsmöglichkeiten bestehen. Für den Fall der Überfüllung bei normalen Wohnungen, wenn also viele Leute dichtgedrängt in einer Wohnung zusammengepfercht sind, ist nur ein einziger Punkt vorgesehen. Hier handelt es sich hauptsächlich um unsere Leute. Und

für Familien, die auswärts wohnen müssen (in der großen Mehrheit sind dies auch unsere Leute), sind auch nur 5 Punkte vorgesehen. Diese Gruppe rangiert an letzter (fünfter) Stelle und Koppelungsmöglichkeiten mit Einsturzgefahr, mit Höhlen und Baracken sind keine vorgesehen. Dabei muß man zugeben, daß dieses Punktesystem, so unmöglich und unbrauchbar es für uns ist, doch wenigstens eine kleine Verbesserung bedeutet. Hier zitiere ich wiederum offizielle Angaben. Der Bericht des Volkwohnhäuserinstitutes für das Rechnungsjahr 1955/1956 sagt auf Seite 81: „Nunmehr genügt es nicht mehr, wie dies bisher vorgekommen ist, daß man zwei, drei Monate in Kellern und Baracken Aufenthalt nimmt, um in eine neue Wohnung eingewiesen zu werden, während Härtefälle sich leider Jahrzehntelang hinziehen.“ Seit Jahrzehnten also, wörtlich zitiert, ziehen sich unsere Härtefälle hin. Und ich möchte weitergehen: nicht nur unsere Härtefälle, sondern auch die Härtefälle vieler Italiener, die seit Jahrzehnten in Südtirol wohnhaft sind, die hier sesshaft geworden sind, auch diese erleiden durch dieses unmögliche System, das rein die Zuwanderung fördert, den gleichen Nachteil und den gleichen Schaden wie wir. Und weiters heißt es im Rechnungsbericht des Volkwohnhäuserinstitutes 1955/1956, Seite 81: „Es ist dann schon so weit, daß die Arbeiter der Stadt, der übrigen Stadt, soweit es sich um Mieter von Volkwohnhäusern handelt, zahlenmäßig mit ihren Familien jene der Industriezone überflügeln.“ Dabei ist das Wort „Arbeiter“ hier wirklich sehr elastisch aufzufassen, mit Einschluß der freien Berufe und der verschiedensten Wirtschaftszweige; dies alles sind die „Arbeiter“, die für zwei-, drei- oder viertausend Lire in Bozen eine Wohnung haben. Es ist erwiesen in mehreren Fällen, daß die wirtschaftliche Lage dieses sogenannten Proletariates, dieser sogenannten Arbeiter, derart ist, daß sie Besitzer von Neubauwohnungen geworden sind! Jetzt erst geht man, aber sehr zag und nur im Wege der Überredung, daran, diese Leute aus den Volkwohnhäusern zu entfernen, jetzt erst! Sie sehen also, der Ausdruck „Arbeiter“ ist mehr als elastisch.

Hier haben wir also eine Reihenfolge, eine Skala. Dabei wäre es höchst interessant und lehrreich, wenn man Einsicht nehmen könnte in gewisse Verzeichnisse, um zu entnehmen, wie diese soziale Frage Volkwohnbau usw. behandelt wird, wo in Wirklichkeit krasse soziale Ungerechtigkeit betrieben wird. Denn für diejenigen von uns, die in Bozen eine Existenz suchen wollen und suchen müssen, bleiben, als Folge dieses Punktesystems, überwiegend nur die Wohnungen auf dem freien Markt. Es tut mir leid, daß ich durch eine Panne die Zeitschrift „Orientamenti“ nicht in der Hand habe. Das Parteiorgan der DC in Bozen hat, glaube ich, im November — ich behalte mir vor, dieses Zitat nachzuholen — auf eine Anfrage eines Lesers über die Schritte unserer Parlamentarier bei Minister Togni in Rom

wegen der bekannten Zuweisung der zweieinhalb Milliarden eine Antwort erteilt, die kaum — hier ist der Ausdruck am Platze — unverschämter sein könnte. Denn wenn man hergeht und als Herausgeber einer in diesem Falle offiziellen Zeitung — wir müssen sie als offiziell bezeichnen — erklärt, daß unsere Parlamentarier mit der Auskunft zufrieden waren und sogar den Wunsch, die Bitte ausgesprochen haben, bei der Zeremonie der Unterzeichnung der Anweisung der zweieinhalb Milliarden dabei sein zu dürfen, wenn man sich noch dazu erfrecht zu ergänzen, daß sie den Wunsch ausgesprochen haben, es möge doch ein weiterer Millionensegen für Volkswohnhäuser nach Südtirol kommen, dann müssen jede Loyalität und jede Aussprachemöglichkeit aufhören. Hier kann man nicht von Verwaltung sprechen. Herr Präsident, wenn man uns, die wir immer wieder verlangt und gefordert haben, daß Volkswohnhäuser gebaut werden, auch für unsere Bevölkerung, daß auch ihr die Möglichkeit geboten werde, daran teilzunehmen, als Präsident des Regionalausschusses sagt: „Ihr Südtiroler, ihr wollt keine Häuser!“ dann ist das eine vollkommene Verkennung und Mißdeutung jeder politischen Realität im Lande. Dies ist umso bedauerlicher, als wir, vielleicht zum Unterschied von anderen Fragen, dieses Problem in der Vergangenheit immer wieder aufgezeigt haben, und dies berechtigt uns zu dieser unserer Verwunderung und dieser meiner Empörung ob einer solchen Äußerung, weil Sie sich ja, wie Sie zugegeben haben, für die Forcierung und für den Ausbau des Volkswohnbaues eingesetzt haben. Objektiv wäre ich auch damit einverstanden, wenn dies im normalen Ausmaß erfolgen würde, wie in anderen italienischen Städten; aber hier haben wir eben wieder die große Differenz! Ich wende mich eben deshalb an Sie, weil Sie erklärt haben, daß Sie mit den zuständigen Herren des Volkswohnhäuser-Institutes, mit der Zentrale in Rom, Verhandlungen in diesem Sinne gepflogen haben.

Wenn man nun behauptet, daß wir gegen den Volkswohnbau sind und gegen die Arbeitsbeschaffung, dann möchte ich nur darauf hinweisen — und der Herr Präsident weiß dies und muß dies wissen —, daß wir gerade auf dem Sektor der Arbeitsvermittlung nichts, aber schon gar nichts zu melden haben. Da aber die Arbeitsbeschaffung und das Instrument für die Arbeitsbeschaffung, die Arbeitsämter, einerseits und die Beschaffung billiger Wohnungen gerade in den Städten (wo wir auch nichts zu melden haben) andererseits die wesentlichsten Voraussetzungen dafür sind, daß eine Volksgruppe — abgesehen jetzt von der kulturellen Seite — wirtschaftlich bestehen kann, so ist es für mich unbegreiflich und unfaßbar, daß Sie es so darstellen, als ob die Expansion der italienischen Bevölkerung verhindert würde. Und wenn man dann die Dinge auf die Spitze treibt und eine Art Umwertung der Werte dermaßen vornimmt, daß man schließlich sagt, bei der Lage der Dinge müßte

eigentlich gemäß dem Pariser Vertrag die italienische Minderheit in Südtirol geschützt werden, dann kann man hier wirklich keine Worte mehr finden. Und in dieses Konzept paßt natürlich glänzend das Wort hinein, das geprägt wurde, von der „privilegierten Minderheit erster Klasse“, das sollen wir sein, und von der „Minderheit zweiter Klasse“, das soll die italienische Volksgruppe in Südtirol sein, wenn ich richtig verstanden habe. Und entsprechend war auch die Reaktion, begreiflicherweise. Ich zitierte hier den „Alto Adige“, der alles eher als der Regionalautonomie unter Trentiner Führung besonders zugetan ist; hier haben wir ja in der Vergangenheit Beweise. Der „Alto Adige“ sagt in seinem Kommentar zur Rede des Herrn Präsidenten folgendes: „Mit Freude können wir feststellen, daß die Rede des Präsidenten Odorizzi viele positive Elemente enthält“. Und weiters sagt er wörtlich: „Odorizzi hat die bittere und paradoxe Schlußfolgerung gezogen, daß nunmehr nicht die deutsche Volksgruppe, wohl aber die italienische eines besonderen Schutzes vor der drohenden — und hier nehme ich das Wort wie es steht, ich kann es nicht gut übersetzen — „sopraffazione“ bedarf.“ Paradox, sagt der „Alto Adige“; auch ihm scheint eine solche Schlußfolgerung bei der Lage der Dinge doch paradox. Und nachdem die Dinge so liegen, muß man zu einer Schlußfolgerung kommen; und die Schlußfolgerung des Herrn Präsidenten lautet, daß wir, damit das Problem Südtirol ein für allemal erledigt ist, uns verschmelzen wollen. Auch hier hat man nichts oder nicht viel in diesen fünf Jahren dazu gelernt, denn in der Bilanzdebatte, vor fünf Jahren, am 22. 12. 1953, hat sich zu diesem Punkt der Herr Präsident folgendermaßen geäußert — ich zitiere wörtlich: „Uns wirklich innerhalb des Staates zu verschmelzen, bedeutet die Überwindung des Nationalismus.“ Gemeint sind die beiden Volksgruppen. Es bleibt hier nur die Frage, auf welcher Seite hier nationalistische Politik betrieben wird. Denn eine Tatsache muß hier festgestellt werden: Mit dem Anrufen des vereinten Europa, des gemeinsamen Marktes usw. im Zeichen der Vermischung und Verschmelzung verkennt man, glaube ich, vollkommen den Begriff von Europa, denn nicht die Vermischung ist das Ziel, sondern der Weiterbestand der Vielzahl der Völker und Volksgruppen, und wenn das Abendland die Leistungen aufzuweisen hat, die es aufweisen kann, dann nur wegen des Nebeneinanderbestehens — und nicht des Vermischens und der Verschmelzung — verschiedener Volksgruppen unter gegenseitiger Befruchtung durch die verschiedenen Kulturen. Ich muß dann noch sagen, daß ich in der Stellungnahme des Herrn Präsidenten etwas vermisst habe, und zwar das Verständnis für den Begriff „Heimat“. Es ist zum Teil begreiflich, denn die Trentiner unter Österreich hatten ihre Heimat, Heimat in dem Sinne, daß die Volksgruppe im eigenen Land auf dem angestammten Siedlungsboden ihre Existenz unge-

fährdet und unbeschadet weiter erhalten kann. Dieser Begriff der Heimat ist dem Herrn Präsidenten vollkommen fremd; sonst wäre es undenkbar und unbegreiflich, daß man zu solchen Schlußfolgerungen kommt.

Noch eine andere wesentliche Verkennung der realen Gegebenheiten in Südtirol muß ich aus seinen Ausführungen ableiten. Es geht nicht darum, und ich glaube hier nicht nur für mich zu reden, den Status quo der Volksgruppen zu erhalten, 2/3 Deutsche und 1/3 Italiener, das ist ein überholter Begriff. So primitiv und rückständig sind wir nicht, daß wir uns aller Entwicklung verschließen und eine Art Konservierung verlangen; es geht um viel mehr, es geht hier in erster Linie um die Regelung einer sozialen Frage. Denn es muß hier gesagt werden, daß unser Zweidrittelanteil in Südtirol zu einem erheblichen Teil nur auf dem Papier besteht, und zwar deshalb, weil wir noch nicht den Zugang haben zu den öffentlichen Ämtern und Stellen. Hier verweise ich, weil immer wieder gesagt wird, daß wir den Zugang gar nicht haben wollen, besonders auf unsere Wünsche und Bitten, daß man uns bei der Eisenbahn, bei der Straßenverwaltung usw. wenigstens für niedere Posten Stellen freigibt. Der Zweidrittelanteil ist auch nur auf dem Papier wegen der forciert und zielbewußt betriebenen Volkswohnbaupolitik. Denn wenn ich in einer Stadt mit den Möglichkeiten, wie sie Bozen hat, eine Wohnung für 2—3000 Lire habe, dann kann ich ohne weiteres dort leben und finde dort eine Existenz, umso mehr als es genug Mittel und Wege gibt, diesen Zustand aufrechtzuerhalten. Auch dies hier, weil der Herr Präsident glaubt, daß der Status quo für uns das Ziel ist. Ich möchte hier einen einzigen Vergleich bringen, der für viele spricht, und zwar nehme ich die Zusammensetzung der italienischsprachigen Wähler der Gemeinde Schlanders her. Von den 116 Männern, die in die Wählerliste eingetragen sind, sind 4 Beamte der lokalen Körperschaften, 5 Beamte von Regionalämtern (Forstamt usw.), 15 sind staatliche Beamte (Gericht, Steuer, Register usw.), 16 bei öffentlichen Einrichtungen (Schule, Post, Eisenbahn), 42 bei Militärformationen (Heer, Finanz, Carabinieri). Bleiben noch weniger als die Hälfte, die sich aufteilen auf das Bankwesen, auf Handel, Gewerbe usw. Dieses Beispiel gilt mehr oder weniger für alle anderen Landgemeinden in Südtirol und es erhellt klar die Sachlage. Es geht also hier nicht um die Erhaltung eines Status quo von 2/3 zu 1/3, sondern es geht hier um eine eminent soziale Frage, um die Einschaltung unserer überschüssigen Bevölkerung in den Arbeitsprozeß, und dies ist bei der Lage der Dinge und mehr als in der Vergangenheit nur dort möglich, wo eben die Existenzmöglichkeiten gegeben sind, das heißt nur in der Stadt möglich. Wenn man dann in Verkennung der Lage sich höchstens bereit findet vorzuschlagen, daß in Zukunft die Arbeitsplätze zuerst an einheimische Arbeiter vergeben werden und erst,

falls solche nicht vorhanden, an Zuwanderer — dies war der Vorschlag des Herrn Präsidenten, eine simple Selbstverständlichkeit, ganz abgesehen von dem Art. 6 der italienischen Verfassung —, wenn es so weit kommt, ja, ist mit dieser sogenannten Konzession dann nicht der Beweis geliefert, daß die bisherige Praxis die gelenkte, also künstliche Zuwanderung war!? Und diese ganze Einstellung in der Südtiroler Frage — ich muß dies sagen — geht von der nationalistischen Annahme aus, daß die Brennergrenze nur dadurch gehalten werden kann, daß man eben so viel Italiener als möglich nach Südtirol hinaufdrängt.

Wir haben nie die Brennergrenze diskutiert. Uns geht es darum, daß man uns das gibt, was uns zugesichert wurde und was uns auf Grund eines internationalen Vertrages und der italienischen Verfassung zusteht. Aber man begeht hier einen gefährlichen politischen Trugschlüß und es wäre Angelegenheit der Trentiner gewesen, zeitgerecht vorzubeugen. Denn da die Frage nicht nur darum geht, ob Minderheit oder Mehrheit in Südtirol, ob wir in absehbarer Zeit in die Minderheit kommen, sondern bei unserem Bevölkerungsüberschuß auch eine soziale Frage größten Ausmaßes ist, werden bei Beibehalten und Weiterverfolgen eines solchen nationalistischen Konzepts die Dinge früher oder später einen schlimmen Verlauf nehmen. Gerade diese Einstellung erbringt den Gegenbeweis dafür, daß es Staatsbürger erster Klasse und zweiter Klasse gibt. Wir sind dann Italiener zweiter Klasse, weil man ja Südtirol nur damit glaubt retten zu können, daß man soviel italienischsprachige Staatsbürger als möglich in das Land bringt.

Hier muß auch gesagt werden — und ich glaube, meinem persönlichen Standpunkt klar Ausdruck geben zu müssen —, daß es ein Grundfehler im Konzept der DC in Südtirol war, daß man den Grundsatz verfolgt hat, die Partei der Italiener, der italienischsprachigen Staatsbürger also, in Südtirol werden zu wollen. Damit hat man Tür und Tor jenen Kreisen geöffnet, die nationalistische Ziele vertreten wollten, und damit die Partei immer mehr in ein nationalistisches Fahrwasser hineinmanövriert, und so leider das Spiel der anderen gespielt, indem man Wasser auf ihre Mühlen gebracht hat. Ich nehme nur einige Beispiele. Der Trikolore-Tag, die Feier der Trikolore am 4. November 1956, ist seinerzeit von der DC ausgerufen worden. Und was war das Ergebnis? Die Idee war von der DC geboren, den Erfolg und die Ernte aber haben die rechtsradikalen Kreise eingeholt. Dann gewisse Äußerungen im offiziellen Blatt der Democrazia Cristiana von Bozen „Orientamenti“. In einer der letzten Nummern hat der Parteisekretär der DC von Bozen unter dem Titel „La vera marcia della morte“ darauf hingewiesen, daß die italienische Schülerzahl in den Landgemeinden zurückgeht und in diesem Zusammenhang einen Brief des Vertrauensmannes der Gemeinde Laas veröffentlicht, in

dem wörtlich folgendes steht — ich lese jetzt italienisch: „Avremo presto la constatazione di vedere i nostri figli riuniti in un'unica classe, ridotti alla stregua di una scuola missionaria tra i mau-mau!“ Und abschließend meint Herr Finato mit Bezug auf diesen Brief: „Occorre dire la verità, propagandarla in questo caso poi (Fall Laas) è più urgente.“ Und das Köstliche an der ganzen Sache: in der Gegenüberstellung, die veröffentlicht wird, zwischen der Schülerzahl 1949/1950 und der Schülerzahl 1956/1957 steht unter Laas folgendes: 1949/1950 40 italienische Volksschüler, 1956/1957 67. Dies nur als kleine Illustration.

Besonders schwerwiegend ist dazu noch ein anderer Umstand, und zwar wiederum mit Bezug auf „Orientamenti“ und die Schilderung des offiziellen Besuches der DC-Assessoren, -Gemeinderäte und -Bürgermeister in Rom. Ich muß hier mitteilen, was man dabei in unverschämter Verdrehung der Tatsachen vor dem Vize-ministerpräsidenten und Außenminister Exz. Pella ausgeführt hat. Der Landessekretär der DC hat bei dieser Gelegenheit wörtlich folgendes gesagt — ich lese es italienisch vor: „Desideriamo ottenere l'impegno di una politica più coerente perché non è retorica né gusto al dramma — e chiamo ora tutti i presenti a testimoniare — che nei piccoli centri, là dove scarsa è la nostra presenza, dopo le ore 18 i cittadini di lingua italiana non escono dalle loro abitazioni. La paura d'instabilità domina alla periferia.“ Als Vertreter der Peripherie sprach dann nicht einer vom obersten Vinschgau oder weiß Gott wo, sondern der Vertreter der DC aus Meran.

Solange man mit solchen Argumenten nationalistische Politik macht, kann von Zusammenarbeit und Vertrauen im Rahmen der Regionalautonomie keine Rede sein. Es genügt auch nicht, wenn der Herr Präsident den Standpunkt vertritt, wir müssen so getreu als möglich das Gesetz anwenden. Damit allein ist nichts getan in der besonderen Lage, in der wir uns befinden. Wer diesen Grundsatz vertritt, dem könnte man mit Goethe antworten: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie.“ Und es geht die Zeit auch nicht zurück, die Geschichte kehrt nicht zurück, auch wenn es nur kurze zehn Jahre Regionalautonomie sind; und bezeichnend sind die Erkenntnisse, die man fast genau am 10. Jahrestag aus dieser ganzen unbefriedigenden Entwicklung ziehen mußte. Wir sind deshalb auch geschlossen von der Zehnjahresfeier ferngeblieben; das ist nicht Krawall und Demonstration, da liegt mehr dahinter.

Es wurde dann auch kurz vorher der Landesautonomieentwurf im Parlament eingebbracht. Von der verantwortlichen Stelle in der Region wird dazu gesagt, er ist nicht „attuale“, die Einbringung dieses Entwurfes hat heute keine Bedeutung, umso mehr, als wir ja vor dem Ende der Legislaturperiode stehen, während bei der Parteifeier am 2. März im „Sociale“ gesagt wurde, er sei eingebbracht worden mehr „a scopo dimostrativo“, was

sich weniger diplomatisch klingt. Obwohl man damals noch nicht einmal den Inhalt kannte, hielt es der „Adige“ vom 9. 2. d. J. für tragbar, den Übertitel einzusetzen: „Un progetto di legge pazzesco ed irrealizzabile“. Im Organ der DC von Bozen, „Orientamenti“, vom 20. 2. 1958 wird die Einbringung des Landesautonomieentwurfes als eine „mossa demagogica e soltanto demagogica“ beurteilt. Dabei möchte ich jetzt schon erwähnen, daß wir in unserem Autonomieentwurf, obwohl im Pariser Vertrag keine Voraussetzungen dafür bestehen, die Autonomie auch für das Trentino vorgesehen haben. Mit den obenerwähnten Methoden, glaube ich, verkennt man jedenfalls die Lage voll und ganz und die nächste Zeit und Entwicklung wird den Beweis dafür liefern.

Abschließend glaube ich nur eines noch sagen zu müssen: daß es jetzt mit Botschaften und Appellen wirklich nicht mehr getan ist. Dies hätte man 1948 machen können. Nach der bisherigen Erfahrung und Entwicklung bedarf es hier wirklich der Taten, und es ist notwendig, daß hier rasch und schnell gehandelt wird. Gerade die Erklärung des Präsidenten des Regionalausschusses, die absolut unbefriedigend ist, gehört hierher; auch in diesen Fragen muß eine positive Regelung erfolgen.

Ich glaube hiemit schließen zu können und behalte mir vor, gegebenenfalls später zur wirtschaftlichen Seite dieser ganzen Frage noch einmal Stellung zu nehmen.

MITOLO (M.S.I.): Dieci minuti di intervallo!

PRESIDENTE: E' inutile fare un intervallo, perché abbiamo deciso di continuare la seduta la mattina ed il pomeriggio. A meno che non ci siano altre proposte.

NARDIN (P.C.I.): Chi vuole parlare parla più di mezz'ora.

PRESIDENTE: Può iniziare a parlare, parla fino all'una e riprende poi più tardi. Volete sospendere adesso e riprendiamo alle 15? Intanto, chi chiede di parlare? Nessuno è iscritto. Tutti dicono di voler parlare ma di iscritti non ce ne sono. Almeno vorremmo sapere chi intende parlare. Benedikter. Rinviamo alle 15.

(Ore 12).

(Ore 15).

PRESIDENTE: La seduta è aperta. La parola allo Assessore Benedikter.

BENEDIKT (Assessore affari generali - S.V.P.): Per il momento rinuncio.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? Guardate, siamo rimasti d'accordo che se i Consiglieri non chiedono la parola, do la parola al Presidente della Giunta per la risposta. Così si chiude la discussione generale.

NARDIN (P.C.I.): Piuttosto che nessuno prenda la parola, la prendo io.

PRESIDENTE: I Consiglieri facciano come credono. Per regolamento nessuno è obbligato a parlare; quello obbligo non c'è.

NARDIN (P.C.I.): Piuttosto che si chiuda la discussione! Non ero intenzionato a parlare oggi.

Come intitolare il discorso, che sotto certi aspetti sarei tentato di definire conferenza, dell'avv. Odorizzi? Forse dall'invocazione che è uscita in più parti di questo discorso si potrebbe intitolarlo: "Alla ricerca della fiducia". Con un contenuto però che, se da alcune parti può essere sottoscritto per una serie di concetti, di principi, di previsioni ecc., tuttavia in buona parte, nella parte più politica forse, non è tale da giustificare un titolo di questo genere — cioè: alla ricerca della fiducia — perché si dovrebbe dire, dopo il discorso dell'avv. Odorizzi, che si cerca la fiducia seminando la sfiducia. E dirò anche il perché.

In definitiva il discorso dell'avv. Odorizzi è niente di più che una conferma di tutta la politica sinora svolta. Una politica che, secondo me, ha fatto il suo tempo; una politica che ha dato i risultati che purtroppo oggi sono tanto evidenti. Dire che non si deve sempre vedere dai risultati la bontà o meno di una determinata politica, può anche essere giusto, quando l'esperimento è all'inizio, quando un esperimento si sta svolgendo parzialmente, ma non dopo dieci anni. Che cosa dovremmo attendere? Altri dieci anni per poter dare una definizione esauriente e concreta di questa politica? Quindi una conferma di una politica che in molte parti e per molti aspetti ha fatto il suo tempo. Si potrebbe a questo punto fare un'accurata analisi di questi dieci anni e delle forze che hanno mosso questa politica svolta in Regione, tutta una serie di episodi. Che cosa possiamo dire oggi di questi dieci anni? Noi diciamo che le aspirazioni di una buona parte della popolazione del Trentino e dell'Alto Adige, dirette verso l'istituzione dell'Ente autonomo, sono state deluse, in quanto l'autonomia è stata intesa ed applicata non tanto come uno strumento di progresso in tutti quei settori deppressi della nostra Regione, ma soprattutto è stata utilizzata l'autonomia attraverso l'azione dei due partiti di maggioranza quasi esclusivamente come mezzo per rafforzare il monopolio politico di questi due partiti, monopolio anche dei circoli clericali locali, dei circoli economici più evidenti nel Trentino e nell'Alto Adige. Nel corso

di questi dieci anni molto si sarebbe potuto fare per promuovere e sollecitare la solidarietà e l'apporto delle masse popolari delle due province al fine di lottare per una concreta realizzazione dello Statuto, al fine di lottare contro i gruppi monopolistici locali e nazionali che hanno un così decisivo peso nella vita politica ed economica del Trentino - Alto Adige, al fine di far avanzare veramente l'istituto sul piano più democratico. Questa sollecitazione non c'è stata, o è stata quasi sempre frenata: anzi, attraverso l'alleanza D.C.-S.V.P. si è cercato di rompere quello schieramento che andava dalla sinistra al Partito della D.C., alla S.V.P., ad altri gruppi politici e sociali della nostra Regione; si è cercato di rompere questa solidarietà e questo schieramento che si era andato creando nel dopoguerra per la creazione dell'Ente Regione, soprattutto lo si è rotto nel segno dell'anticomunismo, nel segno dell'esclusivismo del potere da parte dei due partiti di maggioranza. La politica economica e sociale che è stata svolta, che si può delineare attraverso le cifre esposte in più di un'occasione dai rappresentanti della maggioranza, ed in questi giorni particolarmente dall'avv. Odorizzi, sta a significare sì iniziative ed attività — e non dimenticate che avete sempre o quasi sempre trovato anche noi dell'opposizione a sollecitare e ad appoggiare molte di queste iniziative! — ma vi sfido, signori della maggioranza, a fare un'accurata indagine in questo senso. Specialmente nei settori più deppressi della nostra Regione, nelle montagne ed in altre zone, fra le categorie più povere della nostra Regione, in quale maniera ha inciso la politica della maggioranza? In quale proporzione ha inciso in confronto al peso che hanno avuto invece gli interventi di carattere economico e sociale nel corso di questi dieci anni in direzione di gruppi privilegiati o di ceti che comunque godevano e godono di un migliore benessere che non molti ceti o molte zone assai meno privilegiate o addirittura povere?

Infine, signori, non si può sottacere, anche se Odorizzi lo ha dimenticato nel suo discorso, non si può dimenticare quella che è stata un'attività assai carente da parte dei Governi che si sono succeduti a Roma nei confronti dell'Ente Regione. Non possiamo dire di avere avuto dei Governi molto amici; in genere se ne sono convinti più di noi, e lo dicono più di noi, i dirigenti delle altre Regioni autonome, ma non possiamo neanche noi dichiararci soddisfatti della attenzione con cui è stata seguita la vita politica ed economica della Regione Trentino - Alto Adige in generale e per quanto si riferisce all'Ente Regione. Più di una volta abbiamo trovato nell'attività dei Governi, e particolarmente di certe sfere burocratiche romane, un'attività quasi ostile, per non dire ostile in taluni casi. Lo vediamo attraverso tanti episodi, lo abbiamo visto e lo possiamo vedere. D'accordo, questa specie di ostilità è sempre stata ammantata dal più fervido patriottismo, ma in definitiva questo at-

teggiamento quasi ostile o per lo meno diffidente nei confronti dell'Ente Regione corrisponde a tutto un orientamento che i Governi e particolarmente i partiti di maggioranza hanno assunto nel corso di questi anni di fronte al problema del decentramento e del sistema centralizzato. Questa è la constatazione che facciamo della politica svolta in questi dieci anni; e mettiamo il dito sui dati negativi in quanto su quelli positivi ci sono già molti avvocati qui che possono inneggiare, lanciare gli osanna a favore della politica svolta: in conclusione, i lati sono più negativi che positivi. Ora perché tutto questo si è svolto? La D.C. è stata l'anima di questa politica, soprattutto perché ha le maggiori responsabilità in campo nazionale e locale. Voi capite che se a Roma ci fossero stati Governi diversi da quelli che ci sono stati, più sensibili alle esigenze autonomistiche anche di questa Provincia, pur nella sua particolarità e nella delicatezza dei suoi problemi, se ci fossero stati dei Governi che avessero avuto a cuore l'attuazione della Costituzione, soprattutto per quanto riguarda l'istituzione delle Regioni a statuto normale oltre che il rafforzamento delle Regioni a statuto speciale — così come vengono a richiedere continuamente le altre Regioni a statuto speciale che non per questo sono meno italiane della nostra — se ci fossero stati questi Governi, evidentemente tutto l'orientamento della politica nazionale nei confronti della Regione Trentino-Alto Adige sarebbe stato diverso. Viceversa la D.C. nel campo nazionale ha avuto a cuore, nel corso dal 1948 ad oggi, innanzi tutto l'elusione della Costituzione per quanto riguarda le Regioni e soprattutto un sano decentramento richiesto, non solo dai comunisti, ma da tutti gli uomini ben pensanti del nostro Paese, ha avuto a cuore l'amministrazione della libertà secondo la discriminazione — e credo che la storia di questi dieci anni in campo nazionale sia densa di esempi anche cruenti a questo riguardo — ha avuto a cuore la restaurazione più completa del capitalismo nel nostro Paese. In pratica quindi, la D.C. è la principale responsabile se c'è stata tutta una involuzione politica e democratica nel nostro Paese, per cui buona parte della carta costituzionale non è stata attuata e per la quale andiamo registrando in campo nazionale la situazione che tutti conosciamo. Esempi clamorosi di questi ultimi tempi che non avvengono a caso ma che sono il sintomo di una politica decennale: perché il Governo si sostiene con i voti della destra, perché a Roma si è dovuto lottare per mesi per celebrare degnamente la giornata della resistenza, perché in questi giorni c'è aria di guerra, la pace è in pericolo, perché un tribunale ha giustamente condannato chi presume di poter calpestare tranquillamente anche dallo alto dei pulpiti le leggi italiane! Questo non avviene a caso, avviene perché si è creato un determinato clima nel Paese. Ed allora è chiaro che un partito che direttamente riflette questa politica e questa situazione, come

la D.C. nel Trentino e nell'Alto Adige, evidentemente non poteva non provocare i risultati che ha provocato con la sua politica locale. I pratica lo abbiamo sentito anche nel discorso dell'avv. Odorizzi. Non ho sentito un discorso di un Presidente della Regione autonoma. Scusatemi se lo dico con la massima franchezza: ho conosciuto, ad esempio, l'anno scorso con altri colleghi i dirigenti della Regione siciliana, D.C., come Odorizzi, ma che altro tono, che altro contenuto!

SEGNANA (D.C.): Chiacchiere!

NARDIN (P.C.I.): No, Segnana, non sono chiacchiere; perché credo che, se anche criticabile assai, la politica della maggioranza della Regione siciliana tuttavia ha l'anima sinceramente autonomista.

ROSA (Presidente della Giunta Provinciale Trento - D.C.): Si intende le sue chiacchiere, non quelle di Segnana!

NARDIN (P.C.I.): Speriamo anche di sentirne dal collega Segnana delle chiacchiere; sono così preziose le sue chiacchiere, dato che lo sentiamo così poco e speriamo di sentirlo.

KESSLER (D.C.): Segno d'intelligenza!

NARDIN (P.C.I.): Certo, siete in molti ad essere intelligenti in quanto state parecchio zitti; ma anche questo è un sofisma, permetta collega Kessler.

Ad ogni modo non potevo non misurare la diversità fra il contenuto autonomistico di questi uomini ed il discorso espresso qui dall'avv. Odorizzi, che mi è parso francamente il discorso del delegato del potere centrale in quest'aula. Infatti, non c'è una riga di critica a quella che è stata più volte definita, anche da certi ambienti D.C. locali, l'attività carente, assai carente dei Governi che nel corso di questi dieci anni hanno deliziato il nostro Paese. Pure parecchio ci sarebbe da dire sull'atteggiamento del potere centrale di fronte al nostro Ente autonomo per quanto riguarda l'attuazione dello Statuto; non potremmo dire che sia stata un'attività sempre soddisfacente! Signor Presidente della Giunta Regionale, non ho che da richiamare la sua cortese attenzione alle diverse dichiarazioni fatte in altre occasioni in seno alla D.C. altoatesina per quanto riguarda l'attività del Governo: lamentele, critiche, aspirazioni ed esigenze per qualche cosa di nuovo, che mai però c'è stato! Come mai, è a caso questa dimenticanza? No! Risponde ad una forma mentale, all'abitudine di ritenere sì di essere i dirigenti di una Regione autonoma, ma quasi per investitura governativa. Non si tratta di porre la nostra Regione in un pericoloso dualismo di fronte al Governo ed al potere centrale, ma anzitutto nell'ambito nazionale, nel rispetto della Costituzione, nel rispetto delle leggi ci stanno anche le particolari esigenze del nostro

Ente autonomo e della popolazione del Trentino - Alto Adige che in certi casi vanno difese di fronte al potere centralizzato che non è molto cambiato nei metodi da quello di un tempo. Nella Costituzione il potere centrale non a caso è previsto, delineato e strutturato in maniera assai diversa da quella che ha seguito il Governo della D.C. fino ad oggi.

Per quanto riguarda la S.V.P., l'altro partito che ha condiviso la responsabilità con la D.C. ed ancora la condivide, credo che anche qui si devano dire due parole assai chiare. Anzitutto la S.V.P. ha una notevole responsabilità con la D.C. nell'aver portato la situazione a questo punto. Ma il difetto della S.V.P. soprattutto sta in questo: nel rivendicare anzitutto la libertà per il gruppo di lingua tedesca, non volendo considerare che la libertà è indivisibile e vale per tutti. Non si può esigere una maggiore libertà per i cittadini di lingua tedesca e condividere in sede nazionale e locale una politica che limiti la libertà per gli altri. Non si può appoggiare una politica di discriminazione, non si può appoggiare, come da parte dei rappresentanti più insigni della S.V.P. è stato fatto soprattutto in sede romana, quella politica che ha profondamente divisi gli Italiani nel corso di questi dieci anni. Ed in secondo luogo la S.V.P. non può pensare che lo Statuto di autonomia serva quasi esclusivamente per i cittadini di lingua tedesca; perché l'autonomia deve servire per tutti, e nel quadro dell'attuazione dello Statuto speciale e nel quadro di una politica particolare diretta verso l'Alto Adige. La Costituzione la prevede, mi pare, attraverso l'art. 6 che riguarda la salvaguardia delle minoranze etniche. In questo quadro ed in questa politica si devono trovare i modi per soddisfare quelle esigenze particolari nazionali del gruppo di lingua tedesca e del gruppo di lingua ladina, esigenze che non hanno logicamente i cittadini di lingua italiana. In questo senso credo che debba essere considerata la politica da svolgere e non come l'ha considerata finora la S.V.P. In terzo luogo la S.V.P. da qualche anno a questa parte ha assunto, attraverso determinati uomini, atteggiamenti di doppiezza legati ad interessi di gruppi politici che vivono al di fuori del nostro Paese e pensano all'Alto Adige come a qualche cosa di cui si debba rivedere la posizione. C'è poco da fare, la influenza del pangermanesimo si è fatta sentire nel corso di questi anni assai chiaramente in alcuni ambienti della S.V.P. Ed allora, pur non assumendo, attraverso i suoi rappresentanti diretti, delle chiare prese di posizione per quanto riguarda il confine, il plebiscito e lo stato dell'Alto Adige, tuttavia lo fa dire alla stampa estera e a quella locale, attraverso manifesti ecc. Non credo che questo atteggiamento, che, in certi casi, definisco di doppiezza, possa giovare per una chiarificazione della situazione locale. I dirigenti della S.V.P. che non possiamo obbligare ad essere più italiani degli italiani o, forse, ad essere italiani come noi — è chiaro:

sono cittadini di un altro gruppo linguistico con altra conformazione, altre tradizioni ecc. — devono però convincersi che la Costituzione è la base, che può diventare la piattaforma su cui molte cose oggi care ai cittadini di lingua tedesca, e che non contravvengono agli interessi ed agli ideali dei cittadini di lingua italiana, possono essere realizzate e soddisfatte lottando conseguentemente per la libertà. Ma si lotta per la libertà di tutti, perché ci sia un'avanzata democratica in tutto il Paese. Questo servirà agli italiani ed ai sudtirolese; si deve lottare per impedire che il potere nelle amministrazioni regionali, provinciali e comunali serva per scopi di parte. Deve servire per tutti, ed allora può soddisfare i sudtirolese e gli italiani in uguale misura. Ma soprattutto i signori della S.V.P. devono capire che l'alleato non può e non deve essere sempre quel partito con il quale sinora hanno condiviso quasi tradizionalmente il potere, ma possono essere anche uomini, gruppi e partiti politici che in campo nazionale possono conseguentemente lottare per la giusta soddisfazione delle aspirazioni anche dei cittadini di lingua tedesca dell'Alto Adige. Perché non abbiamo paura di dire che in campo nazionale il nostro partito è per un pieno appoggio a tutte le giuste rivendicazioni dei cittadini di lingua tedesca. E questo non significa che si intenda favorire un gruppo ai danni dell'altro, no. Noi lottiamo e lotteremo sempre perché il cittadino sia uguale di fronte alla legge e allo Stato, e a maggior ragione il cittadino di lingua tedesca per il quale si deve riconoscere la soddisfazione di alcuni suoi particolari diritti nazionali. Se questo non capiscono i signori della S.V.P., se non vogliono capirlo in questo momento nel quale si dovrà decidere anche in questa sede il mutamento dell'indirizzo politico, o almeno certi mutamenti di indirizzo politico, certamente condanneranno sé stessi e l'Ente Regione alla tradizionale politica del solito binomio che in certi casi viene definito matrimonio di convivenza, in altri connubio, mentre qualcuno dice che è una specie di concubinato politico. La tradizionale politica di questo binomio che consiste nel mantenere immobile la situazione con tutte le conseguenze che possono maggiormente derivare. Ora capisco che il vostro matrimonio abbia molte, forse troppe benedizioni, ma bisognerà che abbiate il coraggio...

BRUGGER (S.V.P.): Benedikter ti dà la benedizione!

NARDIN (P.C.I.): ... di rivedere il vostro programma massimalistico che vuole tutto per in pratica ottenere molto poco. Rivederlo, vedere se non è possibile, unitamente alla D.C. — partito che non si può ignorare né nel Paese né qui — ed altre forze autonomiste, prospettare un certo programma che possa mutare la prospettiva assai nera che in questo momento non possiamo

non avere, per ottimisti che possiamo essere. Bisogna avere un po' di coraggio.

Ci sono una serie di questioni prospettate dall'avv. Odorizzi che meritano senz'altro una notevole attenzione. Però non mi pare che le proposte per modificare la situazione, fatte da Odorizzi in ordine ad alcuni problemi molto dibattuti, da anni dibattuti in questa e altra sede, possano essere sufficienti. Anzitutto sono molto generiche, e poi sono prospettate in termini paternalistici, di concessione. Seusi, avv. Odorizzi, nella sua veste di padrone di quell'orto, non dico di ortolano, non è stato felice. Quando lei mi dice che si deve consentire un miglior uso della lingua tedesca in termini di concessione e tira fuori il paragone del padrone dell'orto, non è stato felice. Non parlerei di concessioni, esaminerei la questione dei fatti. Mi porrei questa domanda: Per quanto riguarda l'uso delle due lingue, come siamo? Le leggi vanno bene, ma esaminando la pratica, dopo dieci anni, dobbiamo convenire sinceramente che l'uso della lingua tedesca e italiana negli uffici dell'Alto Adige non è sufficiente, è largamente insufficiente, c'è poco da fare! Pochi sono gli uffici dove si può parlare con una certa tranquillità le due lingue. Le statistiche hanno valore fino ad un certo punto; è meglio andare in questi uffici, come andiamo noi e ci vanno tanti altri, e constateremo che l'uso della lingua tedesca è assai insufficiente. Ora io sono di quelli che pensano che consentire un ampio uso della lingua tedesca accanto all'uso della lingua italiana non significa far cadere la Patria, ma anzi può rafforzare il prestigio di un Paese in una provincia come l'Alto Adige. Ed allora, come vogliamo affrontare questo problema? Idealmente potremo dire che fra 10 o 15 anni i cittadini italiani avranno imparato sufficientemente il tedesco in modo che fra i sudtirolese esistenti negli uffici, e quelli che ci andranno, e gli italiani che avranno imparato le due lingue si parlerà il tedesco e l'italiano abbastanza correntemente, per cui se un cittadino avrà bisogno di andare davanti al Pretore di Chiusa, all'Ufficio Imposte o alla Ferrovia o in altro ufficio, può parlare la sua lingua senza dover chiamare l'interprete e trattare i suoi affari con chi di dovere, mentre al momento attuale questa possibilità non c'è. Ed allora bisogna provvedere, non dico a risolvere subito questo problema, ma qualche iniziativa un po' più coraggiosa bisogna chiederla di fronte al potere centrale. E quale può essere? Per esempio ho sempre ritenuto possibile, lecito e soprattutto opportuno che da parte del Governo venissero indetti concorsi straordinari, una volta tanto, aperti ai cittadini di lingua tedesca dell'Alto Adige per la loro ammissione a tutti i gradi possibili degli uffici statali e parastatali. Dopo di che, assicurata questa leva straordinaria di impiegati di lingua tedesca e la loro immissione negli uffici, i concorsi da bandire relativamente alle amministrazioni statali e parastatali dell'Alto Adige de-

vono prevedere la preferenza a coloro che sanno la lingua tedesca; non dico ai cittadini di lingua tedesca, ma a coloro che sanno la lingua tedesca. Ci saranno 20 posti: 10 conosceranno le due lingue, quelli passeranno in testa; e poi ci se ci saranno altri posti e non ci saranno elementi che sanno le due lingue, li otterranno quelli che sanno una lingua sola. Questo dovrebbe essere in ogni concorso. Per fare questo non credo che ci sia bisogno di rovesciare il diritto italiano; credo che si possa chiedere iniziative straordinarie in questo senso dal Governo. Quando vedo che un Comune che scrive una lettera in lingua tedesca ad un altro Comune e vedo il solerte Vice Commissario del Governo intervenire per dire che quella lettera non deve essere scritta in tedesco, mi fa ridere. Lasciamo scrivere come vogliono, al massimo ci sarà qualche ufficio che farà la traduzione. Non credo che la Patria cada perché il Comune di Chiusa scrive al Comune di Naturno in lingua tedesca! È possibile che non si possa arrivare a consentire, anche in via normativa, un uso migliore della lingua tedesca? Si è proprio convinti che l'Italia deve cadere su questa buccia di banana? Noi cittadini di lingua italiana possiamo tranquillamente dire di no! La Patria si difende in altra maniera, se mai!

Questo per quanto riguarda l'altro esempio; non è tutto qui il discorso, ma sarebbe già qualche cosa poter attuare questo, per quanto riguarda la immissione straordinaria negli uffici statali e parastatali dell'Alto Adige di cittadini di lingua tedesca! Non occorre mandar via un uguale numero di impiegati e funzionari di lingua italiana. State certi, non li mandano via e non occorre mandarli via, perché in tutti gli uffici statali e parastatali in Alto Adige c'è necessità di mano d'opera! Attraverso questa immissione si assicurerà anche un maggiore e migliore servizio per quanto riguarda la bilinguità, perché entrando negli uffici un certo numero di elementi di lingua tedesca che conoscono le due lingue, si assicurerà un migliore uso della lingua tedesca. E quando si facessero i concorsi in cui venisse stabilito che la preferenza si dà a chi conosce, oltre alla lingua italiana, anche la lingua tedesca, state certi che una parte notevole di cittadini sudtirolese potranno usufruire di questo privilegio e questo stimolerà anche molti cittadini di lingua italiana a studiare il tedesco, il che credo che non sia neanche un'attività di lesa Patria, anche se qualcuno lo può ritenere tale. Questo tanto per dire qualche cosa; se non si ha neanche il coraggio di affrontare questo problema in questo senso, dopo dieci anni di dure esperienze, allora diciamo di rimanere come siamo e confermiamo quanto è stato fatto finora anche per il futuro.

Altri problemi possono essere presi in considerazione per quanto riguarda le norme di attuazione. È stato detto che queste sono le norme di attuazione finora concesse, altre sono da concedere. Anzitutto molto sareb-

be da dire sul contenuto delle norme di attuazione concesse. Sono sempre tali da corrispondere al contenuto dello Statuto di autonomia, a quanto il legislatore costituenti volle prevedere attraverso l'elaborazione e la stesura e la votazione della Statuto di autonomia, o non esistono norme di attuazione che hanno ristretto determinate norme dello Statuto? Per quanto riguarda altre norme di attuazione, in tema di scuola ed altre materie — e qui lamento l'assenza di una giusta critica da parte del Presidente della Giunta Regionale nei confronti del Governo centrale — perché si è atteso 10 anni ed ancora non si intravede un'iniziativa governativa a questo riguardo, perché? Per caso, solo per inerzia, o piuttosto per determinate ragioni politiche? Credo che anche a questo riguardo l'attività della nostra Regione deve portare ad una difesa maggiore e migliore di quante sono le nostre prerogative!

Parlando dell'Ente Tre Venezie — e qui è stato più volte accennato a questo problema e abbastanza appassionatamente — non vedo perché la Regione, in un determinato momento, non possa rivendicare il passaggio dallo Stato alla Regione dei beni dell'Ente Tre Venezie. Non cade la Patria per questo, non cadrà l'Italia; ha le ossa abbastanza solide per non cadere per questo rivendicare il passaggio dei beni e l'uso di questi beni per lo Ente Regione. Possibile che non ci sia nessuna possibilità di intesa, a questo riguardo, fra noi e il Governo il quale probabilmente potrebbe utilizzare meglio i beni oggi gestiti da questo Ente? Siccome questo è uno degli scogli su cui si è inasprita più d'una volta la polemica, francamente non vedo quali enormi, insormontabili difficoltà si possono frapporre ad una serena soluzione di questo problema. E si potrebbe continuare anche su altri problemi. Credo che in definitiva qui non si tratti tanto — e il difetto del discorso Dietl sta in questo — di analizzare tutto un passato nei suoi aspetti negativi, ma bisognerà cercare di trarre qualche conclusione per il futuro, per vedere, in base a questa esperienza passata, quali possono essere gli elementi per una politica migliore per il futuro, per un mutamento di indirizzi che possa, senza ledere gli interessi e le aspirazioni della maggioranza italiana della Regione, andare incontro ad alcune particolari aspirazioni dei cittadini di lingua tedesca. La fraternità non si può concludere soltanto con delle parole e degli auspici, ma si può e si deve concludere soltanto sulla base di fatti concreti. Bisogna, signori della D.C., che impariate a strappare di mano ai signori della S.V.P. determinati pretesti che hanno costituito le colonne di tutta la loro politica e di tutta una loro offensiva.

Ora credo che si possa trovare un terreno di intesa diverso, dove però occorre un atto di maggiore coraggio da parte di tutti noi. Signori, credo che occorra anche tenere conto che non è solo rivendicando determinate competenze o esercitando meglio — cosa che poche vol-

te è stata fatta — determinate competenze che si possa delineare questa prospettiva futura, ma anche non dimentichiamo che l'autonomia si deve sostanziare da un punto di vista economico e sociale. Spero che il dibattito sul bilancio porti il Consiglio ad analizzare, ed a fare analizzare nel futuro, appunto il peso e l'incidenza che ha avuto la politica economica sociale della nostra Regione nei confronti dei vari strati sociali del Trentino-Alto Adige: e vedrete che le distanze non si sono ravvicinate fra classe e classe sociale, vedrete che non basta assommare il reddito regionale e fare le famose medie statistiche che portano alla convinzione che la situazione migliora! Vedrete che avremo dato molto là dove forse si doveva dare poco, ed avremo dato parecchio dove poteva essere dato di meno, ma avremo dato troppo poco là dove c'era la necessità maggiore. Facciamo questa statistica e ci accorgeremo che non basta la statistica sulle 600 scuole, sui tali acquedotti, sulla tal casa, le tali latterie: dobbiamo andare a vedere — e credo che lo possiamo fare — questa nostra politica, ed allora, ecco, la necessità dell'elaborazione di un piano economico e sociale pluriannuale si impone. Sembrava una barzelletta quando qui si insisteva a parlare di questo. Ma, signori, ditemi quale è la politica economico-sociale della nostra Regione: una politica industriale?! Il caso dell'Aeromere ci ha dimostrato come la Regione avesse dovuto improvvisamente tamponare una falla, come episodicamente abbia dovuto intervenire, senza avere delle chiare previsioni, senza avere un piano. Un piano — che in Sicilia c'è stato, che in altre amministrazioni di maggiore o minore peso della nostra è stato fatto — che rappresenti a grandi linee la via maestra su cui marciare, un piano di sviluppo economico e sociale di questa Regione, non fatto dall'ufficio competente della Giunta Regionale o da qualche tecnico assoldato, ma fatto con la partecipazione, come è avvenuto in Sicilia, di tutte le categorie economiche, delle rappresentanze del capitale e del mondo del lavoro, di enti, uomini politici ecc. Così credo che si possa cominciare uno sforzo per sostanziare meglio e di più questa nostra autonomia dal punto di vista economico e sociale. Più di una volta qualcuno ha parlato delle esigenze della zona franca nel Trentino - Alto Adige. Non so, può sembrare la luna oggi, per molti sarebbe il toccasana per parecchi degli aspetti deppressi della nostra economia. Anche questo credo che sia un problema che possa essere studiato ed affrontato, quando però non solo i due partiti di maggioranza ma anche le altre forze sinceramente autonomiste rappresentate in Consiglio — anche se non hanno l'ambizione di sedere su quei seggi — si intendessero su un certo piano comune, un piano naturalmente, che rappresentasse, non dico un compromesso, ma un piano di intesa possibile almeno nel momento presente.

Se la S.V.P. viene a presentare un suo programma massimalistico, è evidente che non potrà trovare, per

determinati aspetti di questo programma, il nostro consenso. Quando per esempio sul problema della scuola voi dite: vogliamo tutto — come prevede il progetto Tinzl —, noi dobbiamo dire di no, perché dobbiamo richiamarci alla posizione che assunse l'Assemblea costituente quando emanò la Costituzione e lo Statuto speciale di autonomia. Allora l'Assemblea costituente prese due posizioni molto chiare precisando che l'emanaione degli Statuti speciali non poteva compromettere quella unità organica della scuola nazionale, e, in secondo luogo, che altrettanto doveva essere per quanto riguarda il personale insegnante. Non quindi provincializzazione del personale e della scuola; e noi non dobbiamo interpretare in un certo senso gli articoli 12 e seguenti dello Statuto di autonomia, ma dobbiamo richiamarci alla mens legis, soprattutto perché quella fu la volontà dei costituenti espressa in maniera inequivocabile. Ed allora si tratta piuttosto di discutere non tanto il totale passaggio della scuola alla Provincia, quanto la funzione che la Provincia può assumere in aggiunta alle attività dello Stato attraverso una giusta interpretazione degli articoli dello Statuto ed attraverso una politica che la Provincia può esplicare domani liberamente e molto opportunamente, senza infrangere i principi posti in maniera chiarissima dai costituenti.

Portavo questo come esempio per dire che se da parte della D.C. deve essere tolta la ruggine a quella politica che essa oggi difende come valida anche per il futuro, altrettanto da parte dei colleghi della S.V.P. deve essere fatto per determinati problemi. Nell'attuale momento non si può chiedere tutto, nell'attuale momento credo che così vadano poste le rivendicazioni, in forma realistica tenendo conto dei propri interessi, della propria volontà, ma anche degli interessi altrui. Non costruiremo la convivenza subito, ma forse qualche cosa che ci può portare a sbloccare l'attuale situazione e a migliorarla per il futuro. Da cosa nascerà cosa. Nel futuro ci si intenderà meglio, si acquisterà una diversa mentalità anche in Alto Adige, soprattutto se si abbandoneranno certi toni nazionalistici, non tanto provenienti da destra, che sono usuali, ma anche dalla S.V.P. e dalla D.C. Se diciamo che il segretario della D.C. altoatesina che è un uomo politico e bisognerebbe che si comportasse come tale, quando in un Comune — che assume determinate posizioni che sono di discreto legame con gli elementi della S.V.P. — condivide con questi elementi della S.V.P. responsabilità e anche interessi qualche volta, non vada a scrivere sul giornale quello che va a scrivere, con un tono che può farlo sembrare non certamente appartenente alla D.C., allora è logico che possiamo anche dire che la S.V.P. deve abbandonare quella polemica astiosa nazionalistica che qualche volta porta quasi tutti gli italiani a comprendere di essere offesi. Ma anche da parte della D.C. non credo che debba continuare l'aizzamento ad una polemica, quando questa

polemica è soltanto la rissa in piazza e sappiamo che negli organismi comunali, alla Provincia ecc. questa risa poi non continua, ma c'è la condivisione del potere e degli interessi. Ora dico che anche questo bisognerà pure valutarlo, perché le più belle cose, quando si confondono con una tenace campagna di propaganda nazionalistica, evidentemente vengono confuse con le cattive. Quindi mi pare che si possa studiare come uscire da questa situazione con un certo coraggio, in ordine a determinati problemi che da lungo tempo sono sul tappeto, che coinvolgono responsabilità governative. Penso che presso questo Governo dobbiamo tenacemente richiedere un mutamento di indirizzo in ordine a quei problemi che riguardano responsabilità dell'Ente Regione, delle forze locali.

Ed infine una cosa. La critica al Governo deve essere fatta anche in questo senso: che per il futuro in Alto Adige sarebbe meglio che il Governo e certi uffici statali venissero meglio rappresentati di quello che alle volte sono stati rappresentati, in quanto non è da Roma soltanto che si può seguire una determinata situazione, è da seguire soprattutto in loco. Credo che se c'è stata una attività carente da parte del Governo, questa la si debba vedere nell'attività soprattutto di determinati suoi rappresentanti, non in un posto solo, ma in parecchi posti di responsabilità in Alto Adige. Credo che non è la prima volta che su questo si parla; ci sono stati uomini abbastanza insigni nel nostro Paese che hanno avuto il coraggio di dire cose anche molto dure a questo riguardo. Credo che lo Stato italiano possa essere meglio rappresentato nella Provincia di Bolzano, e questo gioverà al Governo e gioverà a tutti!

Ho solo voluto limitarmi ad alcune considerazioni. Non ho cercato di fare un'analisi storica in senso negativo di tutta la situazione, perché si dovrebbero rifare parecchie discussioni che qui non abbiamo fatto. Ho cercato solo di vedere modestamente che cosa si dovrebbe fare in futuro. Altri parleranno e spero lo faranno meglio di me, potranno dare migliori elementi costruttivi. Concludo dicendo questo: l'avvocato Odrizzi ha rivolto una critica abbastanza severa nei confronti delle opposizioni. Dice: Non dovete solo criticare il male, ma dovete anche proporre come si deve fare per migliorare l'attività. Signor Presidente, non so se è stato un momento di amnesia, ma vorrei pregarla di leggere o far rileggere tutti i verbali delle sedute del Consiglio Regionale dal 1949 ad oggi, da qualcuno delle centinaia di impiegati che sono qui, perché ne faccia una elencazione di tutte le proposte sul piano politico e amministrativo che sono state fatte da parte dell'opposizione nel corso di questi dieci anni. Sarà stato senz'altro un momento di amnesia, perché altrimenti non saprei come definire questo ingiusto attacco, mi consenta, all'opposizione. Noi, credo, che pur essendo stati qualche volta aspri nell'esprimere il nostro dissenso, tutta-

via molte volte, non sempre, ma molte volte abbiamo cercato di essere costruttivi e portare almeno alcuni elementi costruttivi, senza presumere di presentare il tutto. Credo che questa funzione di opposizione costruttiva noi l'abbiamo saputa mantenere nel corso di questi anni ed anche in questa occasione.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola!

NARDIN (P.C.I.): Piuttosto che si chiuda, la riprendo io la parola (*Hilarità*).

PARIS (P.S.D.I.): Signori, io credo che la riluttanza dei vari Consiglieri di prendere la parola consista in questo fatto: che mentre abbiamo sentito le dichiarazioni del Presidente della Giunta che vogliono essere una presa di posizione e anzi una dichiarazione sull'attuale momento della Regione di uno dei due gruppi protagonisti della crisi, non abbiamo sentito la voce, le dichiarazioni, le valutazioni dell'altro gruppo; perché non so se si debba interpretare il discorso pronunciato stamane dal cons. Dietl come la parola della Volkspartei in forma ufficiale. Del resto lo stesso oratore ha premesso che altri del suo gruppo avrebbero parlato. Qui c'è il presidente della Volkspartei e indubbiamente sarebbe stata la persona più indicata per questo discorso; c'è il capogruppo, altra persona indicata. Finora non hanno parlato; io non strapazzo nessuno, ma è stato Dietl a dire che altri oratori del suo gruppo avrebbero parlato in forma ufficiale. Ecco perché ci si trova un po' a disagio nel prendere la parola in questo momento che non voglio definire affatto drammatico, ma che suscita fondate preoccupazioni per la nostra istituzione, e questo bisogna obiettivamente ammetterlo. E' una istituzione, la nostra, che a mio giudizio doveva presentare delle difficoltà perché è nata in un particolare momento di disfunzione, vorrei dire, statale, come sempre nei periodi successivi ad una guerra, anche ad una guerra vinta, non solo ad una guerra perduta, disastrosa, distruttrice, come è stata l'ultima. Ed in secondo luogo si sono trovati qui a convivere, in questi istituti, due gruppi linguistici che hanno tradizioni di organizzazione statale diverse, perché lo Stato italiano è nato con la costituzione centralizzata, il gruppo etnico tedesco invece si rifà ad una organizzazione statale decentrata nei vari Länder. Quindi, non solo esigenze di convivenza, ma situazione dalla quale scaturiva la difficoltà di un accordo, per il conflitto di due mentalità diverse, oltre quelle che erano le situazioni contingenti, maturatesi dal 1918 al 1945.

Di solito le autonomie sono delle germogliazioni spontanee; guardate la Svizzera, l'Austria, la Germania, l'Inghilterra: sono le varie *regioni* che nel corso della storia hanno gradualmente rinunziato a parte della loro sovranità per attribuirla all'organismo centrale. E'

quello che avviene oggi con la cosiddetta "Piccola Europa". Che cosa fanno i sei Stati? Rinunciano a parte dei loro diritti, per attribuirli a questa organizzazione supranazionale. Ed era naturale che la nostra Regione presentasse una situazione di particolare difficoltà, perché è una zona di confine, anche se al momento delle trattative lo scoppio di due bombe atomiche aveva ormai rivoluzionato i canoni tradizionali della strategia militare, pur tuttavia una zona di confine, di confine con il mondo germanico, e come tale aveva sempre un determinato valore. E quindi, mentre per le altre Regioni che sono sorte — Sicilia, Sardegna, Aosta — le preoccupazioni erano meno cocenti (per la Val d'Aosta per la sua limitatezza), per la nostra invece indubbiamente hanno influito anche preoccupazioni di carattere militare. Ma la situazione di difficoltà è derivata anche proprio dal fatto che l'Italia non ha mai conosciuto un ordinamento autonomistico delle Regioni. E quindi bisogna avere comprensione per questa situazione. Si tratta cioè di un *jus condendum*, non di un *jus conditum*, e quindi tutte le perplessità, l'inesperienza, le resistenze. E' difficile che chi ha il potere in mano, egregi signori, lo distribuisca così alla leggera! Nessuno lo fa, non lo Stato, nessun ente, né pubblico, né privato, nè vorrei dire l'individuo! A questo si aggiunga la particolare vivacità del popolo italiano, vivacità come intelligenza, e di qui la difficoltà di interpretazione del nostro Statuto. Osservate le nostre leggi, come sono particolareggiate; eppure danno adito a tutta una serie di interpretazioni contrastanti. E' proprio la finezza, la dialettica, vorrei dire, latina più che italiana che produce questi effetti, e a questo si aggiunga anche l'inesperienza nostra. Nostra, intendo, dei cittadini della Regione Trentino - Alto Adige!

MITOLO (M.S.I.): Bravo!

PARIS (P.S.D.I.): Sì, Mitolo, e con ciò non rinuncio ad essere cittadino italiano, intendiamoci. Perché è indubbio che i famosi vent'anni...

MITOLO (M.S.I.): Ah, ah, ah!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Guarda che domani non ti facciamo parlare, Mitolo!

PARIS (P.S.D.I.): Io, Mitolo, mi sono proposto di parlare senza alzare la voce, consci della responsabilità del momento.

MITOLO (M.S.I.): Seriamente?

PARIS (P.S.D.I.): Con tutta serietà. Ma io sono capace di lanciare anche un calamaio... non un calamaio, perché non c'è, ma un portacenere!

MITOLO (M.S.I.): No, no!

PARIS (P.S.D.I.): Io arrivo a questi eccessi!

MITOLO (M.S.I.): Non ti credo, sei troppo buono e galantuomo!

PARIS (P.S.D.I.): Quando parli tu, io ascolto con attenzione e con il rispetto che devo alla tua persona come rappresentante di un gruppo che sarà quello che sarà, ma io ho il rispetto per tutti.

MITOLO (M.S.I.): Anch'io!

PARIS (P.S.D.I.): E pretendo altrettanto rispetto. Signor Presidente, la prego di tutelare il mio diritto di parola!

PRESIDENTE: Ha ragione, Consigliere; ma le dava ragione Mitolo!

PARIS (P.S.D.I.): Va bene, allora siamo d'accordo. E' inutile litigare, c'è altro terreno per litigare!

I famosi vent'anni dunque hanno prodotto un vuoto nella vita politica, hanno cioè dato vita ad una generazione che non ha avuto modo di fare esperienza nella direzione della cosa pubblica. Oltre a questo le tesi più contrastanti, le continue richieste hanno fatto il gioco della burocrazia. Perché ad un certo momento, prendendo pretesto dalle richieste che arrivavano dall'una e dall'altra parte, la burocrazia ha detto: adesso lo faccio io questo Statuto. E l'ha fatto. Fatto, con l'assistenza anche di elementi locali, tenendo presenti le varie richieste, avendo presenti le richieste della S.V.P.; ma si è arrivati alla ventiquattresima ora e discussione all'Assemblea costituente si può dire che non ce ne sia stata. Grave questo fatto, grave perché se per le interpretazioni di articoli della Costituzione si va a leggere i verbali dell'Assemblea costituente, per noi questi verbali mancano, manca cioè un documento base per la interpretazione degli articoli del nostro Statuto, supposto che questi articoli avessero dato luogo ad una discussione. Quindi nuove difficoltà che nascono dallo Statuto che è quello che è: imperfetto. Non nascono cose perfette dalla mente dell'uomo, e vediamo leggi normalissime che contengono degli errori, delle contraddizioni con altre leggi, sulle quali vivono migliaia di avvocati in Italia, come in tutti quanti i paesi del mondo. Segno che nessun popolo ha un linguaggio così preciso e una intelligenza così minuziosa da determinare tutto. Quindi non dobbiamo farei le mille meraviglie se il nostro Statuto dà luogo a queste contestazioni. Guardate che l'ultima Commissione che esaminò e provocò la relazione definitiva del testo dello Statuto che andò all'Assemblea costituente, era nella sua quasi totalità composta

di parlamentari di provata esperienza e tutti quanti indirizzati verso l'organizzazione regionalistica dello Stato. Basti pensare al Presidente, l'on. Perassi del Partito Repubblicano, che ha sempre avuto nel suo programma la costituzione delle Regioni, uomo di altissimo talento, di grande autorità nel campo delle scienze giuridiche, oggi membro della Corte Costituzionale. Tutti dichiararono in buona fede che era un buon Statuto, che le popolazioni della Regione avrebbero potuto veramente darsi una istituzione tale da potersi governare e progredire, e per quanto riguarda i due gruppi etnici, trovare le forme di una sana convivenza. Questo Statuto venne accettato anche dai rappresentanti della Volkspartei; e non dite, signori, che sono stati imbrogliati perché sarebbe disprezzare i vostri rappresentanti. Non ci sono stati imbrogli, credetelo! Certamente che lo Statuto non è conforme a quelle che erano le richieste più spinte; i documenti nascono sempre sulla base di un compromesso — e non voglio usare questo termine nel senso disprezzativo —: sono frutto di una mediazione fra le varie esigenze. Certo che poi le difficoltà sorgono nell'applicazione del documento: e ci troviamo qui proprio in questa situazione. Perché? Perché non c'è interpretazione precisa, definitiva dello Statuto.

Ma io credo che alla base dell'attuale contrasto — volendo andare ad indagare quali sono le cause che hanno portato a questa situazione — non sono soltanto questioni di interpretazione dello Statuto. Intanto guardiamo la questione del ritardo dell'emanaione delle norme di attuazione: questo ritardo è senza dubbio ingiustificabile. Sono 10 anni che sono trascorsi, signori; dieci anni non sono, anche nel campo della politica, degli impegni di un Governo, un lasso di tempo trascurabile. Qualora mi si volesse obiettare che anche la Costituzione non ha trovato attuazione che in modesta parte, è da tener presente che il cammino nostro per le norme di attuazione è molto più breve, pure presentando le difficoltà che prima ho prospettato. Queste norme sono preparate dagli uffici, vanno alla Commissione e poi vengano emanate dal Consiglio dei Ministri; non è che debbano andare in discussione al Parlamento, occupato in cose ben diverse dalle nostre. E' che anche qui il suggerimento che noi avevamo dato è rimasto inascoltato. Bisognava anche qui che la Regione studiasse o, meglio, affidasse lo studio delle norme per andare a trattare con una interpretazione precisa, sostenibile dello Statuto. Era necessario un ufficio di uomini eccellenti nel campo giuridico. Purtroppo non è avvenuto. Vorrei dire questo: che gran parte della responsabilità ricade su voi altri della Democrazia Cristiana, perché, cari miei, siete voi al Governo centrale che avete in mano tutte le leve. Dal 1948 al 1953 in possesso addirittura della maggioranza assoluta: avete sentito questa necessità? Avete fatto le pressioni dovute? Ne avete avuto la volontà? Perché non siete riusciti? E quando

non riesco ad una cosa e vedo che le cose si prolungano da oggi a domani, da una settimana, un mese, anni e anni, porto la cosa in Consiglio, e mi sgravio di questa responsabilità. Ma per voi altri il Consiglio non c'entra mai. Si dice — e qui tocco lei, signor Presidente — da parte dei membri del suo gruppo, che lei a Roma è stimato. E io sono felice di questo; ma vorrei che fosse non solo stimato, ma anche un po' temuto, vorrei che questa stima non sia una burla, perché i romani sanno farle le burle e molto bene. Vorrei che fosse anche temuto, che cioè sapesse andare a perorare le cause — glielo ripeto, perché lo dissi ancora — con una certa energia, non sempre a pietre. Guardi l'esempio del Presidente Corrias della Sardegna: ad un certo momento ha dato le dimissioni, e il Governo ha esaminato il problema della Sardegna! E ricordo di più: quando Scelba, Ministro dell'Interno, minacciò la Val d'Aosta, cioè ingiunse la chiusura del Casinò di Saint Vincent, cosa disse il Presidente? "Venga pur su l'on. Scelba, coi suoi carri armati!", Questa fu la risposta.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Anche noi diremmo così se lo aprissimo! (*ilarità*).

PARIS (P.S.D.I.): Noi invece, purtroppo, non siamo capaci di queste cose, e questa indubbiamente è una delle cause della disistima, della sfiducia che è subentrata fra i due gruppi.

Quindi qui è indubbio che noi e la S.V.P. abbiamo ragione a lamentarci. Ma come sono le norme di attuazione, sono anche le leggi, signori. Quante volte, signor Presidente, non l'abbiamo sollecitato a istituire un Ufficio legislativo? Perché non vorrete dirmi che quello di sopra è un Ufficio legislativo! Il dott. Visetti sarà una cima ma, non so, avrà trent'anni: che esperienza può avere? Può essere bravo, bravissimo, studiare finché vuole, ma non gli si potranno attribuire delle qualità taururgiche. E anche questo è causa di disistima verso la Régione, tanto più che noi qui non abbiamo una floritura di giuristi. Non siamo nella condizione della Sardegna, che ha un'Università, né tanto meno nella situazione della Sicilia, che ha tre Università, dove gli ingegni sono molto più fertili dei nostri. Hanno il senso del diritto in quelle terre, mentre noi non l'abbiamo! Quanti giuristi siamo stati capaci, nei secoli della nostra storia, di fermare nei testi? Guardate quelli laggiù invece! E anche qui in Consiglio, mi pare che i giuristi non siano molti, non sono molti neppure gli avvocati. I Consiglieri, signori, che sono qui esprimono soprattutto delle esigenze politiche; si sforzano sì di dettare leggi, di suggerirle ecc., ma una parola definitiva credo che siano ben pochi coloro che possono dirla. Anche perché siamo in 48, e se tutti fossero giuristi non ce ne sarebbe uno che parlerebbe di economia, di agricoltura, di tu-

rismo ecc. Siamo in 48: è una deficenza numerica anche che esiste nella nostra istituzione, nel nostro Consiglio.

BRUGGER (S.V.P.): Un bel quarantotto!

PARIS (P.S.D.I.): E quindi le leggi devono essere preparate dagli uffici. E vediamo quante leggi ritornano qui: sono più le leggi rinviate con osservazioni, che non le leggi viste. E qui ritorno sul discorso fatto altre volte: quello dei funzionari degli uffici. Dove vi sono funzionari preparati le cose vanno abbastanza bene; basta pensare all'Assessorato delle finanze, che abbraccia l'attività di ognuno. Io vedo che osservazioni in campo finanziario sulle leggi ce ne sono ben poche, o nessuna, perché a capo di quell'Assessorato c'è un funzionario veramente preparato. Degli altri non possiamo dire così, purtroppo, e se ne vedono gli effetti. Ed anche qui, cari signori della D.C.: non la tessera della D.C. in tasca, l'esperienza, la capacità, questo solo deve essere il titolo per accedere a quei posti! Certamente che se si prendono uomini di valore bisogna pagarli; ma dobbiamo essere noi quelli che fanno questioni di qualche milione all'anno in più nel costo dell'amministrazione? Vi pare che il prestigio della Regione valga qualche cosa di più? Mi ricordo che durante la prima legislatura il Presidente della Giunta Regionale faceva un certo vanto del basso costo dell'amministrazione. Oggi però paghiamo quel basso costo, e difatti questo basso costo è poi relativo, perché se andiamo ad analizzare o ad esaminare le cifre di quanto costano ogni anno i viaggi a Roma che voi della Giunta siete costretti a fare per farvi dire se una legge va bene o va male, allora non so se risparmiamo, o se invece spendiamo di più. E anche questa qui è una bella trovata: ora che c'è l'autonomia, non c'è settimana che non ci siano Assessori che vanno a Roma. Prima non so se si andava tanto. Ma poi non è soltanto il problema di 2 o 5 o 10 milioni che si spendono; è che la Regione deve avere la sua opinione sulle sue competenze e sui disegni di legge che prepara, e non andare a chiedere consiglio a coloro che voi stessi ammettete che per la loro particolare mentalità, comprensibile finché volete ma determinata in quei modi, non vedono le autonomie. E anche qui ragione di disistima. E' mancata la organizzazione dello strumento burocratico.

Signor Presidente, lei dice che noi sbagliamo o esageriamo quando parliamo della politica di partito. Non è vero? Siamo ingiusti! Ma si ricorda nei primi anni i battibecchi, gli interventi violenti che c'erano fra i vari gruppi dell'opposizione? Come mai ora questi battibecchi sono spariti? Come mai l'opposizione è così coalizzata contro di voi? Non vi pare proprio questo degno di una riflessione vostra? Sono cessati tutti quanti gli attacchi. Qualche pizzicata è necessaria, anche per sollevare l'ambiente, con Mitolo per esempio; ma non è quella che costituisce la regola. Perché? Perché vedia-

mo che la vostra politica è fatta esclusivamente nel potenziamento di un partito, cioè non servite interessi generali.

Io ritorno sulla politica della polverizzazione. Perché c'è una diversità di impostazione negli stanziamenti fatti in provincia di Trento e in provincia di Bolzano, vorrei quasi dire in tutti gli atti. Guardate la creazione dei Comuni: in provincia di Trento nel 1945 c'erano 128 Comuni, 46 furono ricostituiti dal Governo, ben 50 da noi. Sono adesso 224. Sapete quanti ne furono ricostituiti in provincia di Bolzano? Dieci. E io ricordo qui le parole del povero Presidente della Giunta Provinciale di Bolzano, avv. Erckert, che mi disse: "Io sono contrario a questa politica di minimizzazione delle giurisdizioni comunali perché non soltanto mettono le spese improduttive ma causano l'inefficienza delle amministrazioni comunali. Non soltanto il Comune non sarà organizzato ma l'efficienza di un consiglio comunale è in diretto rapporto con il numero della popolazione.". Noi abbiamo costituito decine di Comuni di 200-300 abitanti.

RAFFAELLI (P.S.I.): 150.

PARIS (P.S.D.I.): No, 137 per esattezza. Qui si è sicuri di aver fatto l'interesse delle popolazioni? No, avete fatto l'interesse del partito. Perché essendo voi il partito di maggioranza, è molto più facile impedire che sorgano liste di opposizione. E' così.

ODORIZZI (Presidente Giunta Regionale - D.C.): Ma no!

PARIS (P.S.D.I.): Ma sì, signor Presidente, sono cose che noi esperimentiamo. Non facciamo soltanto i Consiglieri, dobbiamo fare da attacca-manifesti e su su. E' così, lo creda! Non so se l'abbiate fatto con queste intenzioni, ma la situazione è questa.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Divide et impera!

PARIS (P.S.D.I.): Vi è poi, signor Presidente, la questione della politica economica della Regione. Guardi ad esempio il provvedimento dell'Aeromere. Ma è possibile buttare lì un provvedimento dalla sera alla mattina di 600 milioni, che rappresentano quasi 1/10 del bilancio della Regione?! Guardi che so le difficoltà che ci sono; ma insomma l'amministrazione controllata era iniziata il 25 febbraio! Difficoltà di concludere trattative, di formulare, di programmare un'attività nuova, prodotti, ecc. Ma bisogna trovare dei sistemi per arrivare a guadagnare tempo! Guardi la questione della Trento-Malè: non voglio andare a dire che è bene o male, ma a giudizio di tutti è quello che è. Voi vi ostinate a sostenere che è una buona iniziativa. Ma io non so come

arrivate a fare su voi stessi tanta violenza — perché qui è proprio in causa la vostra personalità —, come vi assoggettate a sostenere queste tesi. Che stima possiamo avere noi quando è così palese che è un errore! Io ho più stima dell'uomo che mi dice: ho sbagliato, che non di quello che persiste a mantenere l'errore. C'è anche questo: quando interessa a voi la Regione è competente, quando invece è contro il vostro interesse, allora non è competente. Io ricordo il discorso che fece l'Assessore Berlanda sulla questione della Brunico-Campo Tures, dicendo che la Regione non ha competenza. Allora dissi che la competenza nei trasporti è soltanto di spaghetti, delle funivie appiccicate sotto i tavoli dove giocano i bambini.

La Commissione dei dati statistici di Bolzano! Non si impostano le cose come ha detto lei. Non si dice: Alla diffidenza da parte vostra lo Stato è presumibile che abbia risposto con altrettanta diffidenza. Non si pongono i problemi su questo piano; lo Stato deve essere superiore, e se fa questo, anch'io sono indotto a pensare sia in torto, che i suoi dati cioè non corrispondano alla realtà. E la sua opera dovrebbe essere stata quella di andare a Roma e perorare la causa, fare cioè in modo che questa Commissione possa svolgere i suoi lavori, anche se l'Assessore Benedikter non era il più indicato per esserne il Presidente. Ma il suo compito era quello e anche qui è questione di sapere esporre le proprie ragioni. Perché se la parte del gruppo etnico tedesco ha questa volontà di conoscere il fenomeno della propria terra, ha diritto di conoscerlo, senza interpolazioni estranee perché altrimenti non arriveremo mai a una chiarificazione fra gruppi etnici.

La questione dei Lavori pubblici. E guardi che tutte queste cose le dico, signor Presidente, perché sono i passi successivi nella creazione di un regime, perché un po' alla vista si arriva a compiere poi degli atti che allo inizio non sono neanche passati per l'anticamera del cervello. Ma un po' alla volta arrivate lì, siete cioè sulla buona strada per arrivare. Guardate la differenza di spesa che c'è fra la Provincia di Trento e la Provincia di Bolzano per organizzazioni di partito o ecclesiastiche. Io non faccio la questione religiosa; è la stessa cosa. Faccia un po' i conti, signor Presidente, di quanto si spende nella Provincia di Trento e di quanto la S.V.P. spende nella Provincia di Bolzano. E anche qui sono giudizi salaci che vengono pronunciati nei vostri confronti. Palazzo della Regione: a Bolzano hanno dato la dimostrazione di essersi fatto il palazzo, costruito bello o brutto, non interessa. A noi da dieci anni l'Assessore-Turrini continua a promettere dall'oggi al domani, la settimana prossima, il mese prossimo ecc.

TURRINI (Assessore lavori pubblici - D.C.): Date-mi i soldi!

PARIS (P.S.D.I.): Non mi interessa, Turrini, se hai firmato la convenzione tre giorni o tre mesi fa con la Banca d'Italia. C'era un ordine del giorno del Consiglio che ti costringeva a scegliere quell'area lì, ma quando le cose si protraevano di anno in anno, a un certo punto dovevi venire qui a dire: in questa situazione io mi trovo. E' il senso del rispetto che vi manca, della prassi democratica; o che lo ignorate o che non lo conoscete. Ma bisogna averlo se non si vuole essere criticati.

TURRINI (Assessore lavori pubblici - D.C.): Questa è bella!

PARIS (P.S.D.I.): L'autostrada. Ho parlato io l'anno scorso, il problema l'ho sollevato io. E bisogna riconoscere che qualche cosa ...

TURRINI (Assessore lavori pubblici - D.C.): Dovrebbe essere già fatta!

PARIS (P.S.D.I.): No, i soldi non li ho in mano io, Turrini!

SALVADORI (D.C.): Ma quelli del palazzo della Regione c'erano!

PARIS (P.S.D.I.): Sta zitto, Salvadori, da bravo che non sai niente! Sta zitto, non parlare dove non sai, perché siedi qui da un anno, e credo che i verbali delle sedute del Consiglio non te le sia lette dal primo giorno ad oggi. Allora non puoi essere a conoscenza di queste cose, vero? Parla di latte finché vuoi, che io sto zitto e ti ascolto, ma non parlare di cose che non sai.

SALVADORI (D.C.): Ma l'ordine del giorno del palazzo della Regione l'avete votato ...

PARIS (P.S.D.I.): No, l'ha voluto il Presidente della Giunta Regionale aderendo a un emendamento presentato dal dott. Magnago, questa è la verità!

Ora anche qui io non dico che abbiate delle responsabilità, ma finirete con l'averne, perché non camminate come l'urgenza del problema imporrebbe. Ho prospettato i pericoli che ci sono per la Milano-Spluga-Monaco e per la Venezia-Cortina d'Ampezzo-Valle Aurina-Monaco, ancora l'anno scorso. No, non c'è pericolo, costa troppo, devono andare tre volte sui 700 metri. A Venezia si parla ormai di costruire tutta l'autostrada su un viadotto ...

TURRINI (Assessore lavori pubblici - D.C.): Per dove?

PARIS (P.S.D.I.): ... e sono già iniziate le pratiche di finanziamento. Vi dissi: cominciate con un tratto, per lo meno fra Trento e Bolzano ...

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Su palloni frenati! (*ilarità*).

PARIS (P.S.D.I.): ... dove i costi sono molto più bassi che non in galleria, per scoraggiare altre iniziative. Vedremo cosa farete qui. E' un avvertimento che vi dò.

Vi è poi l'impostazione generale del lavoro degli Assessorati; non hanno tempo per dedicarsi ai problemi maggiori. Ascoltano tutti gli interessi particolaristici, tutti quanti. Ora ai vostri funzionari, ai vostri dirigenti dovete attribuire le necessarie responsabilità e la dovuta autorità. Certe cose devono deciderle loro. Non è ammissibile che per la riparazione della cupola del campanile di Garniga, l'Assessore debba perdere un'ora di tempo ad ascoltare il sagrestano che vien giù a prospettare le necessità della tegola rotta perché piove sulle campane. Ma avviene così, e allora non si ha il tempo per esaminare e studiare le maggiori iniziative. Qui credo che faccia eccezione l'Assessore Benedikter, e non so esprimermi sull'Assessore Kapfinger. E' una sfiducia che avete verso i vostri dirigenti, ed è un difetto che si riflette dal vertice — e il vertice è lei, signor Presidente —, perché io qui dissi che abbiamo un'amministrazione presidenziale. E' indubbio che lei si addossa i problemi maggiori, e allora non ha tempo per esaminare gli altri di sua specifica competenza, perché lei ha il compito, per Statuto, di assegnare i vari incarichi ...

MITOLO (M.S.I.): E poi andare a casa!

PARIS (P.S.D.I.): ... fra i vari Assessori. Presuppongo che il suo partito, quando forma le liste elettorali, abbia più responsabilità del mio, perché noi stiamo qui in tre e noi responsabilità di Giunta non ne abbiamo. Ma se fossimo nelle vostre condizioni, ci preoccuperemmo di avere il Presidente, l'Assessore ai lavori pubblici, all'industria, alle finanze e all'assistenza. E verrebbero dati tutti quanti i poteri. La possibilità di elezione l'avete vastissima: e allora, perché, signor Presidente, in un certo senso esautorare questi Assessori? Perché il problema idroelettrico lo tratta lei? Sarà di sua competenza per quanto riguarda gli articoli dello Statuto che attengono a questo problema, ma poi basta. Invece no. Io capisco che a Roma al Consiglio dei ministri va lei quando si tratta di concessioni, ma tutte le altre questioni? L'Avisio la tratta lei, la Società Pusterese la tratta lei, la questione delle concessioni sul Cismon la tratta lei. Lei dovrebbe soltanto limitarsi all'attività finale, ad avere in mano la relazione degli Assessori! Questo dovrebbe fare, e invece no. Dall'inizio alla fine, tutto lei. L'Avisio con le sue varie partecipazioni, con i 200 milioni di kWh venduti, con i termini non rispettati, i 40 centesimi invece che gli 80 ecc. ecc. Tutto lei. Problema dell'industria: lo tratta lei. Guardi ad esempio il provvedimento FIR! L'Assessore delle finanze non ha fatto una parola. Ripeto, era un provvedimento di 600

milioni, quasi un decimo del bilancio. Non una parola. L'Assessore all'industria 70 interventi ha fatto fra di sé, perché qui in Consiglio non abbiamo sentito una parola. Ma non le pare esautorare questi signori Assessori? Ecco perché abbiamo ragione a dire che abbiamo un'amministrazione presidenziale. E l'Assessore Berlanda lo definisco un Assessore senza portafoglio, senza portafoglio! (*ilarità*). Il suo compito è di rovinare le aziende del turismo, nominandovi i presidenti che basta abbiano la tessera d.c. in tasta, anche se di turismo se ne intendono un bel niente, e di fare di tutto, quando la Commissione delle finanze o il Consiglio vogliono dare del denaro agli Enti provinciali del turismo, a non volerlo! Strana cosa. In Commissione, quando si rimprovera che hanno avuto poco: Ma sapete, le esigenze son tante, la torta è quella! Si vuole dare del denaro: no signori! Perché? Perché gli Enti provinciali del turismo devono andar male per disfarsi.

Lei vede, signor Presidente, che bisogna correggere molte cose. La disistima, la sfiducia muove proprio da questi appunti che io son qui a denunciare, da queste situazioni. L'incosciente lavora, anche quando forse il nostro cervello è orientato verso tutt'altro. E si determinano questi stati d'animo. E viene a mancare la stima e viene a mancare la fiducia e non si crede più, soprattutto non si crede più negli uomini. Ed allora è inutile scindere l'uomo politico dagli uomini. Io non so come potrei fare a scindere, a pensarmi un uomo con le mie idee politiche, e un altro uomo. Non lo comprendo in modo assoluto. E bisogna soprattutto modificare anche la situazione del suo partito, perché pian piano vien fuori la storia dei nudi alla metà, gonfi. Sì, signor Presidente, gonfi! È la necessità della tessera! Non ditemi di no, vi prevengo, perché qualora siate pronti a garantire un posto, vi porto anche i testimoni. Si chiede la tessera e si impegna a servire la D.C. Non è democrazia, e non si può pretendere dagli altri il rispetto della democrazia, la comprensione, la pazienza ecc., quando vengono dati questi insulti a un regime democratico, a un'amministrazione al servizio del bene pubblico. Persino nella RAI. Si ricorda, signor Presidente, quando a Bolzano, in occasione della legge per l'elezione del Consiglio Regionale, Scotoni ed io presentammo un emendamento alla disposizione che diceva che alle minoranze è vietato qualsiasi propaganda attraverso la RAI? Ne abbiamo un esempio. Trasmettono il Consiglio comunale che deve deliberare sull'abbattimento di un gelso, ma abbiamo visto che una conferenza Bondi non la trasmettono. Dicono che è subentrato un errore tecnico per cui l'ha effettivamente letta, ma in quel momento è mancata la corrente, o è saltata una valvola, proprio in quel momento!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): E la radio funzionava lo stesso!

PARIS (P.S.D.I.): E coloro che ascoltavano non hanno sentito l'interruzione, guarda un po'? Anche questo è al servizio vostro.

Così, signor Presidente, è stato distrutto il più grande patrimonio: la stima reciproca fra gruppi e fra uomini. E allora è comprensibile lo stato d'animo, la delusione della S.V.P., e io credo che al fondo sia proprio questa la causa della crisi. E la delusione è tanto più forte in chi più ha creduto, in chi più ha sperato. È indubbio che la S.V.P., dopo tutte le traversie della Provincia di Bolzano, aveva creduto nella Regione. Ed ora non crede più, o è sul punto di non credere più. E qui non è detto che io mi ponga sul piano delle richieste della S.V.P. ma su quello della comprensione del suo stato d'animo. Credo di aver sempre dato dimostrazione di obiettività. Però noi qui siamo una specie di ingranaggio che gira a folle. Abbiamo sentito qualche cosa nella relazione del Presidente della Giunta su quali sono gli oggetti di questo contrasto: l'art. 14, la scuola, la questione della bilinguità, l'immigrazione, l'edilizia popolare, questioni economiche; a quale la preminenza sugli altri? Che graduazione c'è? Diceva il Presidente della Giunta nella sua relazione che egli suppone che, qualora fosse garantito l'attuale rapporto fra i due gruppi etnici di Bolzano, la S.V.P. si riterrebbe soddisfatta. Cioè ha paura di diventare minoranza. Abbiamo sentito stamane dal cons. Dietl che non si tratta solamente di questo, ma che si tratta di una questione sociale, oltre che della questione dell'immigrazione. Dico subito che non posso essere d'accordo con Dietl, perché se si ha veramente la volontà di arrivare ad un chiarimento che io ritengo ancora possibile, non si devono citare soltanto delle situazioni particolari. Il caso di Silandro è un caso particolare, perché ci sono delle caserme e quindi militari italiani. Il caso di Lasa è un caso che non calza, perché ci sono le cave di marmo, con un immenso laboratorio, e nel 1944 l'azienda non lavorava, mentre oggi lavora appieno. Quindi non possono esser citati questi casi, se si ha la buona volontà di arrivare con la dovuta, necessaria obiettività ad una via d'uscita. Del resto il movimento massimo avviene nel Comune di Bolzano. Ma, signori, non dimenticatevi che avete voi gli Assessori all'anagrafe, ormai da 5-6 anni.

BENEDIKTER (Assessore affari generali - S.V.P.): No.

PARIS (P.S.D.I.): E' inutile, Benedikter, che faccia così: è questa la situazione, i dati potete ben averli lì! Non era il povero barone Eyrl, mi pare che sia morto . . .

BENEDIKTER (Assessore affari generali - S.V.P.): No!

PARIS (P.S.D.I.): Allora è un altro. E' stato o non è stato 4 anni Assessore all'anagrafe? Chi è che dà la residenza, il domicilio, chi è che lo dà? E adesso avete il dott. Lun. Io non so: o questo qui sa compiere il suo lavoro, il suo dovere, o altrimenti in un termine poco parlamentare si direbbe che lo farebbero fesso. E allora, signori, cambiatelo.

BRUGGER (S.V.P.): No!

PARIS (P.S.D.I.): Va bene, aspetto la risposta di Magnago: ma questa risposta, egregio collega, se fosse venuta prima — perché altrimenti qui c'era la minaccia di chiudere la discussione! — poteva evitare queste sfasature, vero?

Ora è certo che i rapporti in una zona di confine sono sempre tesi. Dissi ancora qui che indubbiamente le esagerazioni c'erano dall'una e dall'altra parte; perché quando si sentono gli altoatesini di lingua italiana dire che non possono vivere, perché sono oggetto di soprusi insopportabili da parte degli altoatesini di lingua tedesca, esagerano; quando poi si sentono gli altri dire che non possono più vivere perché sono oggetto di soprusi da parte degli abitanti di lingua italiana, esagerano anche loro. E' sempre così, almeno è stato sempre così fino ad oggi. Le eccezioni, le incomprensioni ci sono sempre. Ma bisogna cercare di superarle con obiettività. Certo, signori della S.V.P., che voi altri esorbitate, quando pretendete cose che non avete avuto! Perché conosciamo anche noi il testo del patto De Gasperi-Gruber e ha ragione il Presidente della Giunta quando dice: qui si tratta di rovesciare la necessità di una tutela. E poi guardate che siete voi stessi che date la prova della scarsa fiducia che avete nelle vostre tesi, quando pretendete di risolvere questi problemi sul terreno politico anziché giuridico. Vuol dire che su quello giuridico vi sentite deboli e allora pretendete di risolverli sul piano politico, dove tutto è possibile. Ma qui noi abbiamo dei testi. A Parigi, signori, guardate che eravamo nelle stesse condizioni, perché noi italiani avevamo le responsabilità di un'Italia fascista e della guerra, ma non ne avevate una di meno neppure voi, sapete; mettiamocelo bene in testa, questo qui! Perché voi, signori, non avete optato per una Austria democratica, o anche absburgica, avete votato per il grande Reich nazista, con tutte le sue manifestazioni. E anche l'Austria con la politica di Dollfuss, con le cannonate addosso agli operai, ha preparato l'atmosfera per la marcia trionfale di Hitler su Vienna, dove — e non sono parole mie, sono di Adenauer — è stato applaudito con tanto entusiasmo come non mai. Eravamo sullo stesso piede. Forse eravamo in vantaggio noi...

MITOLO (M.S.I.): Bravo!

PARIS (P.S.D.I.): ... perché noi non abbiamo condotto la guerra fino all'ultimo momento, per lo meno una parte.

MITOLO (M.S.I.): Questo no!

PARIS (P.S.D.I.): Tu non l'hai detto e perciò ti metto dall'altra parte!

MITOLO (M.S.I.): Questo sì!

PARIS (P.S.D.I.): Ma loro l'hanno condotta fino all'ultimo momento...

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Tu l'hai persa, noi l'abbiamo vinta!

MITOLO (M.S.I.): Voi avete vinto!

PARIS (P.S.D.I.): Io credo che una guerra non la vince più nessuno, sapete, nessuno. E forse è la fortuna dell'umanità, perché forse non avrà più guerre. Forse l'uomo è arrivato a creare strumenti così micidiali che minacciano la distruzione dell'intera umanità, che è sperabile che non li usi, a meno che non sorga qualche altro pazzo.

MITOLO (M.S.I.): Di pazzi è piena l'umanità!

PARIS (P.S.D.I.): Ora ho speranza, ho fiducia negli uomini. Sarò un illuso, ma son così. Se quindi si è addivenuti a quel trattato — e ho letto anche qualche noterella segreta di quel trattato — è stato perché non si voleva arrivare a una ulteriore punizione, condanna dell'Italia, che ne aveva già avuto abbastanza, e neanche a un premio all'Austria che non lo meritava. Ma d'altro canto c'era la necessità di una pacificazione in questa zona, ed ecco quindi i plenipotenziari dire ai rappresentanti dei due Stati interessati: cercate di mettervi d'accordo. E io credo che De Gasperi da parte italiana e Gruber da parte austriaca erano sinceramente animati dal proposito di arrivare a dare a questa zona gli strumenti per questa pacifica convivenza. E questa pacifica convivenza doveva, prima di tutto, essere preceduta da un altro atto, quello delle riopzioni. Riopzioni, signori, che avete avuto! Ora stamane il cons. Dietl lamentava qualche centinaio di esclusi. Dovete riconoscere che qui l'Italia è stata magnanime, perché io, socialista, e forse ammalato di internazionalismo, a certuni la cittadinanza italiana non l'avrei ridata. Non, sapete, per il male che costoro hanno fatto all'Italia, ma per il male che han fatto ai loro concittadini di lingua tedesca. Io ho vissuto la tragedia delle opzioni. Io ricordo i capifamiglia inquadrati che dovevano andare in municipio, ho sentito le rivoltellate sparate contro il parroco di San

Martino, un padre benedettino impazzito non dalla paura, dal dolore a vedere questa ubriacatura. Son venuti a casa mia dei padri dei miei scolari per chiedere consiglio. Che cosa volete che fossi stato in grado di dare? Parlate fra di voi, cercate di consigliarvi fra di voi! E qualcuno l'ho portato in municipio, all'una, alle due di notte dando appuntamento al segretario comunale, a ritirare le opzioni, perché non voleva andare. L'ho vissuta io la tragedia: i giovani contro gli anziani. Tremendo momento per voi altri, lo riconosco. Responsabile anche l'Italia. L'ho detto ancora, ma lo ripeto perché è il momento di ripeterlo: alla propaganda dei più fanatici di voi altri l'Italia non ha opposto nessuna smentita. Secondo quelli voi non potevate rimanere in Alto Adige; prima dovevate andare a sud del Po, poi in Sicilia, poi in Abyssinia. E l'Italia non ha smentito. E una vostra commissione che era andata a Roma per essere ricevuta da Mussolini, non è stata ricevuta. E' stata ricevuta dal Papa.

MITOLO (M.S.I.): Non è vero!

PARIS (P.S.D.I.): Il quale poteva dire...

MITOLO (M.S.I.): E' tornato con la croce di commendatore!

PARIS (P.S.D.I.): Sta zitto, il discorso di Mastromattei a Caldaro, che l'Alto Adige doveva essere una provincia italiana al 100%, non l'ho fatto io! E che cosa voleva dire questo? Non italiano l'Alto Adige, fascista! Perché chi non era fascista non era italiano, vero, era un sovrivivo, era un comunista ecc. Le cose bisogna dirle come stanno ed io non voglio falsare queste cose; è contro la mia natura di falsarle.

PREVE CECCON (M.S.I.): Bisognava non falsarle allora, caro on. Paris!

PARIS (P.S.D.I.): La questione delle opzioni non è frutto dell'Italia democratica, ma mi pare che il patto sia intervenuto fra Hitler e Mussolini, cioè fra i vostri padroni.

PREVE CECCON (M.S.I.): Fra quelli che lei mi insegnava a servire!

PARIS (P.S.D.I.): Va a leggere i miei registri per vedere che cosa insegnavo io, e va a vedere quante volte sono stato chiamato a Bolzano e quante angherie ho subito per non voler essere ufficiale.

PREVE CECCON (M.S.I.): Subito, sì!

PARIS (P.S.D.I.): E dì al tuo collega Mantovani che si sbagliava con il povero collega Povoli di Gardolo!

Maestro lui, maestro io, lui insegnava a Gardolo, io sono nato a Gardolo. Poi, chiarito l'equivoco, ha detto: Paris, scusami, hai ragione, mi devo ricredere. Io non ho mai insegnato a Gardolo, ricordatevi. Andate pure a indagare sul mio passato, italiani e tedeschi, qual'è stato il mio comportamento politico, qual'è stato il mio comportamento verso la popolazione di lingua tedesca. Andate a vedere in tutti i paesi in cui ho insegnato negli otto anni che ho fatto il maestro in Alto Adige. Non ho paura, e del resto so che la S.V.P. si è già informata. (*ilarità*). Sì, sì, qualcuno della S.V.P. Perché sono venuti a dirmelo. E non italiani sapete; guardate voi altri!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Ci sono le quinte colonne anche nella S.V.P.!

PARIS (P.S.D.I.): No, non è questione di quinte colonne, è questione di stima. Nata in momenti difficili per gli uni e per gli altri. Perché è proprio nei momenti difficili che gli affetti sorgono, si rinsaldano, e vivono e durano nel tempo.

Ora dicevo che nemmeno voi potete vantare diritti, signori! Ed è soprattutto indispensabile una cosa. Vi siete mai chiesti che cosa potete ottenere con questa politica di esasperazione dei problemi?! E soprattutto vorrei sentire — e aspetto sempre il famoso discorso — se c'è la volontà di un accordo. Perché se c'è la volontà si potrà arrivare ad accordarsi, e se non c'è, signor Presidente della Giunta Regionale, la crisi si deve fare. Si sciolga il Consiglio! Cosa vuol star qui a litigare per degli anni! C'è speranza che attraverso una nuova consultazione elettorale — se non basta una due, se non bastano due tre — si arrivi a cambiare qualche cosa. Perché neanche io non vedo il pericolo imminente. Però una disfunzione si è creata, un rallentamento nell'attività. Lei, signor Presidente, ha parlato della politica dello struzzo. E sono d'accordo che il problema non è attuale, però l'uomo politico non deve aspettare di avere la cannonata a un centimetro dalla testa. Deve prevedere e prevenire. Naturalmente qui ci vogliono anche i buoni propositi dell'altra parte. Buoni propositi che non so se ci siano, in che misura ci siano, se siano condivisi da tutti gli esponenti della S.V.P. o soltanto da una parte degli esponenti; se si possa scindere la S.V.P. dalla popolazione o se non si debba scindere; se si può scindere, come si debba fare a informare la popolazione di lingua tedesca sul reale stato di cose. Comunque sia, signori della S.V.P., non fatevi illusioni! Purtroppo viviamo in un periodo dove c'è una commistione di diritto e di forza. L'Italia ha un certo valore, l'Austria ne ha meno. L'Alto Adige non è l'Algeria, non ha la posizione strategica dell'isola di Cipro. E credo che, esasperando le cose, forse chi ha più da perdere siate proprio voi. Questo però non deve essere una previsione per non

riconoscere i propri diritti. Tutti i diritti che avete devono essere rispettati, però quello che è al di fuori di questi diritti non è giusto. Perché se c'è diffidenza vostra verso di noi, se c'è preoccupazione vostra di immigrazione d'italiani, lasciateci che la stessa preoccupazione l'abbiamo anche noi per gli italiani che vivono in Alto Adige, che sono già minoranza oggi per le competenze che voi amministrate e che si troverebbero in posizione di minoranza ancor più compresa per le altre competenze che vi verrebbero attribuite. E' questione di buona volontà, di comprensione, di accordo. Ma, signori della D.C., è anche questione di ricostruire quel patrimonio di stima, di fiducia che è andato distrutto. Non basta poi, signor Presidente della Giunta, dire: io mi adoprerò per le concessioni, per questo o per quello. No, bisogna assumere dei precisi impegni. Per queste norme di attuazione, perché non votiamo un ordine del giorno mettendo l'aut-aut al Governo: fra un anno — e un anno è necessario perché ci sono le elezioni, poi viene il periodo estivo, la formazione del Governo ecc. — o sono uscite, o facciamo una protesta solenne, dando le dimissioni e ponendo così il problema nella sua urgenza e in tutta la sua importanza. Ci sono materie di contestazione? Io credo che la Corte Costituzionale sia un giudice imparziale; andiamo davanti alla Corte Costituzionale e accettiamo le sue pronunzie. Ripeto però che, oltre a questi impegni, bisogna ricostituire il patrimonio, che non è misurato, signor Presidente, in chilometri di strade costruite, in fognature, in scuole, in negozi rinnovati. Sono manifestazioni esteriori; se volete che un organismo viva, fate che abbia il necessario prestigio. Noi abbiamo costruito tante opere — o la Regione, o voi, non importa — però a questa Regione non abbiamo saputo dare un'anima, e bisogna darla.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola?

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Domani!

PRESIDENTE: Non possiamo perdere tempo! C'è un'ora di tempo; se volete la sospensione, allora lavoriamo fino alle 7. Se nessuno chiede la parola chiudo la discussione.

GARDELLA (P.L.I.): Se è desiderio del Consiglio di rimandare a domani, perché cominciare un discorso adesso per doverlo interrompere?

PRESIDENTE: Abbiamo un'ora di tempo. Anche stamane abbiamo sospeso un'ora prima, abbiamo iniziato alle 3<sup>1/2</sup>, invece che alle 3, quindi stiamo rubando del tempo prezioso. Se nessuno chiede la parola...

MITOLO (M.S.I.): C'è Benedikter che è pronto!

BENEDIKTER (Assessore affari generali - S.V.P.): Parli lei che è pronto!

MITOLO (M.S.I.): D'accordo, ma siccome aveva detto che avrebbe parlato...

PRESIDENTE: Non c'è nessun obbligo di parlare.

MITOLO (M.S.I.): Tra l'altro non ho qui niente e non ho detto che avrei parlato.

PRESIDENTE: Non vorrei che poi si lamentassero che la discussione è stata chiusa.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Per forza ci lamentiamo!

RAFFAELLI (P.S.I.): Faccia 5 minuti di sospensione che ci mettiamo d'accordo.

NARDIN (P.C.I.): Scusi, Presidente, posso presentare una proposta formale di rinvio della discussione a domani? Se il Consiglio l'approva a maggioranza, credo che basta che io faccia la proposta formale di rinvio.

PRESIDENTE: No, Consigliere, perché il Consiglio potrebbe anche non fare mai neanche una discussione! Piuttosto sospendo per 5 minuti; forse dopo venite qui a parlare.

(Ore 17,40).

(Ore 17,50).

PRESIDENTE: La seduta riprende. Signori Consiglieri, chiedo ancora: chi desidera prendere la parola sulla discussione generale? La parola all'avv. Nicolussi.

NICOLUSSI-LECK (S.V.P.): Ich möchte gleich vorwegnehmen, daß ich meine Intervention so kurz als möglich halten werde, daß ich auf keine Sachgebiete eingehne, die in den Darlegungen des Herrn Regionalausschußpräsidenten und seitens der Redner, die vor mir gesprochen haben, behandelt wurden, sondern einige rein grundsätzliche Themen anschneiden werde, die sich aus der Intervention programmatisch-politischer Natur des Herrn Regionalausschußpräsidenten ergeben haben.

Ich muß gleich eingangs betonen, daß bei aller menschlichen Wertschätzung gegenüber dem Herrn Regionalausschußpräsidenten mich gerade seine Grundstellung zu den Problemen, die meine Volksgruppe, die ich hier zu vertreten die Ehre habe, betreffen, etwas befremdet hat. Der Herr Regionalausschußpräsident hat in seinen Ausführungen, die eine Folge einiger Motio-

nen der Oppositionsparteien waren, inhaltlich die Stellungnahme seiner Partei zu der Südtiroler Volkspartei — und ich möchte sagen: schlechtweg zu der Südtiroler Volkgruppe — zum Ausdruck gebracht, dieser Südtiroler Volksgruppe, die im italienischen Staate eine völkische Minderheit an der Grenze darstellt. Ich will durchaus nicht polemisch werden — denn es liegt mir nicht, mehr Porzellan zu zerschlagen, als notwendig ist — aber ich möchte der Einladung des Herrn Regionalausschußpräsidenten Folge leisten, der gesagt hat, daß er für eine objektive Kritik an seinen Ausführungen unbedingt zu haben ist. Ich möchte hier, wenn auch in kurzer Form, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit seiner Grundeinstellung zu der deutschen Volksgruppe in Südtirol analysieren, denn es handelt sich gewiß nicht nur um seine Einstellung zu den Mitgliedern der Südtiroler Volksgruppe, die hier in diesem Hause vertreten sind. Die Probleme, die im vorigen Jahr von unserem Gruppenführer in acht Punkten angeführt wurden und heute noch zwischen uns zur Debatte stehen, betreffen unmittelbar das Leben und Gedeihen einer durch internationale Verträge, durch die italienische Verfassung, durch das Statut unserer autonomen Region geschützten Minderheit.

Als Leitsatz für alle Debatten, die oft heftig geführt werden mögen und irrite und richtige Ansichten beinhalten, möchte ich das Dichterwort Goethes voransetzen, der nach einem lange ringenden und suchenden Leben Faust am Ende seines Daseins sagen läßt: „Das ist der Weisheit letzter Schluß: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.“ Das Leben des einzelnen wie der Völkern ist nun einmal ein naturgegebener Kampf, ich möchte sagen, ein göttlich naturgegebener Kampf, und allein wer nicht kämpft um Recht und Freiheit und um die Würde seiner selbst wie der ihm anvertrauten Menschen, ist verurteilungswürdig. Der blinde Kadavergehorsam ist Sache des Schwachen, und eine Volksgruppe, die im Staate eine Minderheit darstellt, darf nicht geistig schwach sein, wenn sie nicht der natürlichen Gefahr anheimfallen will, einmal unterzugehen. Niemand kann es uns daher verargen, wenn wir im guten Glauben ständig für die Interessen der uns anvertrauten Menschen — und ich betone es noch einmal: die eine völkische Minderheit im Staate darstellen — eintreten, denn es bleibt eine objektive Lebensweisheit, daß auch der größte Staat nur ein Menschenwerk ist. Bei aller Achtung vor der Obrigkeit und den Gesetzen darf ich wohl erklären, daß allein der Mensch in sich ein Werk der unerreichbaren göttlichen Natur ist, ein Gotteswerk in sich. Der rechtlich-substanzelle Begriff des Staates, der Staatsregierung, der Region, der Provinz, der Gemeinde als Körperschaft aber ist ausschließlich nur eine Wirkung der Menschenkraft, ein Gedankenwerk des Menschen, das er sich selbst gegeben hat. Der Mensch allein ist darum die Quelle

der Kraft und der Schöpfer der Gedanken wie der Taten. Der Mensch ist das Wesentliche, welches kraft seiner Seele und seines Geistes sich den Staat, die Region, die Provinz, die Gemeinde als Körperschaft und Institution gibt, sie formt, gestaltet, entwickelt und lenkt. Nicht der Staat, die Region, die Provinz und die Gemeinde sind also Zweck und Ziel, sondern allein der lebende, denkende und handelnde Mensch. Dieser Mensch schafft und baut sich mit viel Freude, mit viel Fleiß, Mühe und Umsicht sein Haus, seine Heimat, die er als Mensch liebt, achtet und verteidigt, weil sie ihm in der Generationenfolge Wiege, Heim und letzte Ruhestätte sein soll und muß. Menschen gleicher Herkunft aber, gleicher Zunge, gleicher Sitte, gleicher Eigenart, gleicher Gebräuche und geschichtlicher Überlieferungen, auch wenn sie politisch nicht geeint sind, bilden das Volk. Es ist nun keine Häresie, wenn ich darauf verweise: in sich stärker als die Bindung zum Gebilde Staat sind die Bande zum eigenen Volk, weil diese Volkszugehörigkeit kein Menschenwerk in sich ist, nicht auf Paragraphen und von Menschen geschriebenen Gesetzen fußt, sondern aus der gottgeschaffenen Natur kommt, weil diese Volkszugehörigkeit keinen formalrechtlichen Gesetzen unterworfen ist, sondern allein den gottgegebenen natürlichen Menschenrechten. Das Bekenntnis zu diesen allgemein geschichtlich erprobten ethisch-philosophischen Grundsätzen und Erkenntnissen menschlichen Zusammenlebens allein bietet das Unterpfand, daß das Naturgesetz, das Menschenrecht über alle sophistisch-juridischen, immer nach der jeweiligen Opportunität auslegbaren nackten Paragraphen siegen wird und kann.

Diese Überlegungen, die nicht juridischen Inhaltes sind und die ich auch nicht als solche gemacht haben wollte, sind letzten Endes — und so mögen Sie, meine ehrenwerten Herren Kollegen, es verstehen — die Grundlage, auf der wir unser völkisches Eigenleben verstanden wissen wollen.

Der Herr Regionalausschußpräsident hat — wenn ich nun auf einige seiner Grundthesen eingehen darf — die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß es in Südtirol zwei zu schützende Minderheiten gibt, daß man keinen Unterschied machen kann und darf zwischen Minderheiten erster und zweiter Kategorie. Nun wäre nach den Auslegungen des Herrn Regionalausschußpräsidenten die Minderheit zweiter Kategorie die Angehörigen der italienischen Volksgruppe in der Provinz Bozen. In diesem Zusammenhang müssen wir wiederum zurückgreifen auf Begriffe, die in vielen internationalen Charten festgelegt sind, die aber schon im Zusammenleben der Menschen wie der Völker von jeher geschichtlich fundiert sind.

Den Begriff des Staatsvolkes und der völkischen Minderheit als erstes. Das Staatsvolk beträgt in unserem Fall rund 50 Millionen; die völkische Minderheit der

Südtiroler aber nur 230.000 Menschen. Man kann nun nicht deswegen, weil sich Angehörige des Staatsvolkes in immer steigendem Ausmaße auch im natürlichen Siedlungsraum einer völkischen Minderheit, die an der Grenze lebt, niederläßt, die These aufstellen, es gäbe dort in dieser Provinz dann eben zwei Minderheiten, denn die zweite „Minderheit“ — die Angehörigen der italienische Volksgruppe — gehört ja zum Staatsvolk und kann niemals Minderheit sein. Gegen die These, daß zwei Minderheiten zu schützen sind, spricht auch der Umstand der Ausübung der Macht. Was ist die Macht und wer hat die Macht? Die Macht im Staat hat nun einmal die stärkere Volksgruppe, hat das 50-Millionen-Volk, dem als gleichwertige Staatsbürger die 230.000 Südtiroler gegenüberstehen. Der Staat, der die Macht hat, vermag immer und zu jeder Zeit die in Südtirol lebenden italienischen Staatsbürger italienischer Zunge, auch wenn sie nicht als Minderheit deklariert sind, zu schützen. Was wir durch das Instrument der autonomen Region suchen und finden müssen, weil es uns durch Gesetz und durch einen internationalen Vertrag zuerkannt ist, ist der Schutz des Bestandes und der Fortentwicklung der völkischen Minderheit. Man darf hier nicht die Begriffe verwechseln.

Gegen die Behauptung des Herrn Regionalausschußpräsidenten, die aus ehrlichem Herzen kommen mag, daß es zwei Volksgruppen in Südtirol zu schützen gibt, steht ja auch der Wortlaut des Pariser Vertrages, der in seinem ersten Punkt ausdrücklich sagt: „Den deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient wird volle Gleichberechtigung mit den italienischsprachigen Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zur Sicherstellung des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteiles zugesichert werden.“ Dieser Pariser Vertrag wollte seinen ganzen Voraussetzungen nach niemals die Anerkennung von zwei Volksgruppen in Südtirol beinhalten, sondern den Schutz der Volksgruppe, die dort ihren angestammten Heimatboden hat, wogegen der Schutz der italienischen Volkszugehörigen schon durch den Staat und das Staatsvolk seine Garantie erfährt.

Darum glaube ich, daß jene Invertierung der Sachlage nur aus einer augenblicklichen Opportunität, vielleicht politischer Art, heraus entstanden sein kann. Denn es kann doch nicht der Ernst des Herrn Regionalausschußpräsidenten sein, nach Kenntnis des Pariser Vertrages, des Art. 6 der italienischen Staatsverfassung und des Statuts die These aufzustellen, daß nun in der Provinz Bozen zwei völkische Minderheiten auf einmal bestehen sollen. Mit dem gleichen Kriterium könnte man heute sagen: Im Ruhrgebiet und in Belgien arbeiten Hunderte und Tausende von italienischen Arbeitern in den Kohlengruben, und darum müßte ein eigenes

Statut zum Schutz der italienischen Minderheit in Belgien oder im Ruhrgebiet erstellt werden. Was niemandem einfallen wird, denn die italienischen Grubenarbeiter in Belgien und im Ruhrgebiet sind ja hinsichtlich ihrer Interessen und der Auswirkungen auf dem Arbeitssektor, dem sie sich vertraglich verschrieben haben, durch ihre Botschaften und Generalkonsulate vertreten.

Gegen diese These der zwei zu schützenden Minderheiten steht auch der Begriff der organisch gewordenen Siedlungsraumes, der Heimat. Denn ich achte jeden als Menschen, der neben mir lebt und mich achtet und schätzt. Es sind sehr viele Italiener von 1918 bis heute in die Provinz eingewandert. Die statistischen Daten hierüber sind mehrmals vorgetragen worden und ich will sie durchaus nicht wiederholen. Bei diesen Staatsbürgern italienischer Zunge handelt es sich zum größten Teil um Arbeiter, Beamte und Angestellte, was mir niemand widerlegen kann. Der Begriff des organisch gewordenen Siedlungsraumes einer Gruppe von Menschen aber bedeutet, daß diese Menschen den Grund und Boden haben, und der Grund und Boden in der Provinz Bozen wird heute noch zu 90% von Südtirolern besessen. Auch diese Verteilung beweist, daß man, nach den Einführungen, die ich vorhin gemacht habe, immerhin verstehen müßte, daß wir als Volksgruppe eine Heimat verteidigen, ohne dabei gegen den Staat, die Verfassung und die Staatsgesetze zu verstößen. So wie dem Sizilianer Sizilien die Heimat ist und dem Trentiner das Trentino, so ist Südtirol die Heimat der Südtiroler, und wenn sie diese Heimat verteidigen, so ist das nur ihr gutes Recht und ihre ernste Pflicht. Der Herr Regionalausschußpräsident hat von der Region gesprochen, von der Region, die mit einem Sonderautonomiestatut versehen wurde. Ich möchte mich getäuscht haben, aber ich hatte wirklich den Eindruck, daß die Autonomie dieser Region als Körperschaft gegenüber dem mächtigeren Gebilde Staat zu wenig betont und verteidigt wird. Das mag Empfindungssache sein. Man kann nur die Autonomie, die Selbständigkeit, empfinden, die einem durch Gesetze, Statuten und Verträge gegeben worden ist. Wenn man aber eine autonome Region führen soll, so ist die erste Voraussetzung, daß man diese Selbständigkeit — und Autonomie heißt selbständig sein — innerlich empfindet und für die Verteidigung dieser Autonomie in die Bresche springt, auch gegenüber der Staatsregierung, die kräftemäßig natürlich ungleich stärker ist, als die regionale autonome Regierung sein kann.

Der Herr Regionalausschußpräsident hat weiterhin über die Unterwanderung, die Einwanderung, die wir immer wieder als Schreckgespenst hinstellen, gesprochen und sich grundsätzlich gegen eine künstliche Einwanderung ausgesprochen. Diesen Worten schenke ich volles Vertrauen, nur möchte ich hiebei eine Frage aufwerfen, die besonders delikat ist: Wo hört die natürliche Einwanderung auf und wo beginnt die künstliche?

Denn solange die autonome Körperschaft Region bzw. die Provinz Bozen, Südtirol, nicht die Instrumente in der Hand haben, um die Einwanderung selbst zu kontrollieren, ist es unmöglich zu unterscheiden, wann die natürliche Einwanderung aufhört und wann die künstliche gefördert wird. Diese Instrumente brauchen wir, doch die Mittel, sie in die Hand zu bekommen, konnte uns der Herr Regionalausschußpräsident nicht angeben, er hat vielmehr in einem späteren Punkt seiner Ausführungen nachgewiesen, daß wir nicht befugt sind, statistische Erhebungen zu machen, die uns von der Regierung verboten wurden, weil sie mißtrauisch gegen uns geworden ist. Wenn wir aber die Autonomie so verteidigen wollen, daß wir in ihr die Verteidigung der Heimat, sei es der Trentiner Heimat für die Trentiner, sei es der Südtiroler Heimat für die Südtiroler, sehen, so müssen wir auch die Instrumente in die Hand bekommen, um die fluktuierende Einwanderung, sei es in ihrer natürlichen wie in künstlicher Form, kontrollieren zu können. Dann wird es Sache von uns, unserer autonomeren regionalen und provinziellen Körperschaften sein einzutreten, und keine Beschwerde wird auf diesem sehr delikaten Gebiet mehr zu hören sein.

Aus den Ausführungen des Herrn Regionalausschußpräsidenten hörten wir des öfteren, daß man in der Politik sich mit den politischen Gegebenheiten, das heißt mit den politischen Realitäten, abfinden muß. Wir hätten da eine Körperschaft Region, wir hätten da Gesetze und ein Statut, und die hätten wir anzuwenden und sonst nichts. Das möchte ich nicht behauptet haben. Ich möchte nicht behaupten, ohne dabei gegen die Gesetze des Staates, die uns gegeben worden sind, zu verstößen, daß wir nichts anderes tun dürfen, als nur Gesetze befolgen. Denn dazu braucht es nur ein Exekutivorgan; parlamentarische Körperschaften wie der Regionalrat oder die Provinziallandtage könnten dann ruhig daheimbleiben. Es gibt andere politische Realitäten, Gegebenheiten, mit denen wir uns befassen müssen, und ganz richtig hat dies auch der Herr Regionalausschußpräsident erwähnt. Diese anderen politischen Realitäten, die davon absehen, daß wir nur Gesetze auszuführen haben, sind die menschlichen Probleme, die sozialen, die ethnischen Probleme, besonders in der Provinz Bozen. Das sind Realitäten, von denen man sich nicht mit wenigen Wörtern abwenden kann, sondern die man angreifen und lösen muß. Die Sigmundskroner Kundgebung war in ihrer Vorbereitung und Durchführung durchaus kein Affront gegenüber dem italienischen Staate, sondern der Ausdruck dessen, daß die völkische Minderheit Südtirols sich in ihrer Existenz gefährdet sieht, daß viele Probleme, die ihr in der Nachkriegszeit kraft der demokratischen Verfassung, die wir heute haben, zur Regelung übergeben worden sind, noch nicht im Sinne des Pariser Vertrages geregelt wurden.

Man kann nun denken, daß wir immer nur aus einer präkonstituierten Angst heraus sprechen; aber ich bin der Überzeugung, wenn der Staat als solcher und vor allem die maßgebenden Persönlichkeiten in der regionalen autonomen Körperschaft Hand anlegen werden, um einer völkischen Minderheit durch geeignete Maßnahmen diese Angst zu nehmen, dann wird es viel eher möglich sein, Frieden und Zufriedenheit in Südtirol zu erreichen.

Man kann einer völkischen Minderheit, die in einer 30jährigen Entwicklung zuerst ihre Schulen eingebüßt und alles verloren hat und nun langsam ihr eigenständiges Leben wieder aufbauen muß im Rahmen der angestammten Heimat, in der sie wohnt, die Angst nicht nehmen, indem man sagt: Wir haben nun Gesetze erlassen und mehr gibt der Staat nicht, der Staat geht nur so weit. Der Staat hat den Menschen zu dienen. Nur wenn die verantwortlichen Herren der Regionalregierung — wo bei ich mich besonders an die Partei wende, die die Mehrheit im Regionalrat darstellt —, wenn die verantwortlichen Herren der Democrazia Cristiana den wirklich energischen, ehrlichen Versuch machen, alle jene Probleme die zur Klärung und Regelung noch übriggeblieben sind, zu lösen, nur dann können sie erreichen, daß das verlorengangene Vertrauen — das nicht in den letzten fünf bis sieben Jahren verlorengangen ist: denn es hat ja eine lange Zeit gegeben zwischen 1918 und 1939, in der wir verständlicherweise kein Vertrauen mehr in die Regierung setzen konnten —, daß dieses verlorengangene Vertrauen so langsam wieder zurückkommt. Man kann von einer numerisch schwachen völkischen Minderheit im Staate nicht verlangen, daß sie von vorneherein ihr vollstes Vertrauen gegenüber der Staatsregierung, der Mehrheitspartei usw. erklärt, um dann erst das Gegenvertrauen zu erhalten. Wir sind ja die numerisch Schwachen, das müßt ihr begreifen! Darum braucht es als erstes einen großen Vertrauensbeweis seitens des Mächtigeren, damit wir dann in die Lage versetzt werden, dieses Vertrauen wieder zurückzugeben zu können. Mit dem Vertrauen wird auch das Verständnis zurückkommen, und mit dem Verständnis die gewünschte Sympathie zwischen den Menschen, die gewiß, wie es der Herr Präsident Dr. Odorizzi ausgedrückt hat, ein großes Vermögen darstellt im Zusammenleben der beiden Volksgruppen hier in dieser Alpenregion. Dabei appelliere ich an das Verständnis — das nun endlich aufgebracht werden muß — gerade der Vertreter der DC des Trentino, dieses Trentino, das mit uns eine lange Geschichte gemeinsam hat, die bis zu einem gewissen Grad die Bindungen zwischen den beiden Provinzen noch immer erhalten hat.

Wenn ihr nicht wollt, daß das Letzte verloren geht, dann müßt ihr als die numerisch Stärkeren wirklich

den Mut aufbringen, die Autonomie, sei es der Provinzen wie der Region, auf das energischste zu verteidigen, aber auch den Mut aufbringen, der völkischen Minderheit in Südtirol, den Deutsch-Südtirolern, das zu geben, was ihnen kraft der Gesetze und Verträge zusteht, auf daß sie morgen wieder Vertrauen zu ihren Mitbürgern italienischer Zunge haben können.

Eine einfache Formel möchte ich an den Schluß meiner Ausführungen setzen: „Das Trentino den Trentinern; Südtirol aber, gebt es *uns* endlich!“

PRESIDENTE: La seduta è rinviata a domani alle ore 9,30.

(Ore 18,40).

